

progress

Magazin der
österreichischen
Hochschüler_innenschaft
Dez 03/2019

www.progress-online.at

Neu

und innovativ im Umgang mit 75
Millionen. **26**

an

an der TU Wien wurde aus Raumnot
das Nelson's besetzt. **26**

der

Aufstand in Hong Kong aus studentischer
Perspektive. **6**

Hochschule

kann mehr als du denkst – wir geben
dir einen Überblick. **16-19**



P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73



DOSSIER: Eine schrecklich nette Demokratie

progress

zu Hause lesen



Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.

EINFACH BESTELLEN

progress-online.at

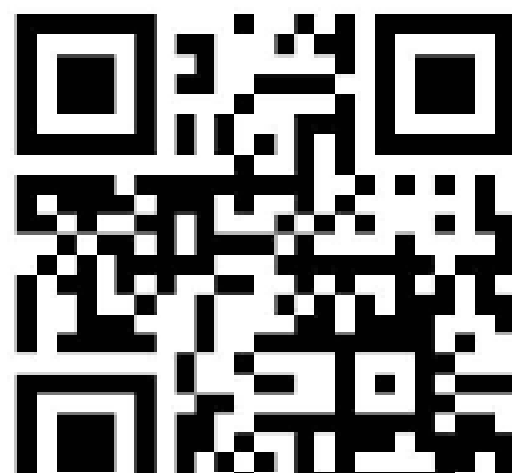


**bildungspolitik
gibts jetzt auch per
Telegram-Channel:**

<https://t.me/progressbundesoe>

einfach anmelden und wir informieren dich
über die wichtigsten bildungspolitischen
Entwicklungen der Woche

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter:
oeh.ac.at/datenschutzerklaerung-und-rechtshinweise



04 ALLES NEU IN DER ÖH

Der Vorsitz stellt sich und die Österreichische Hochschüler_innenschaft vor.

DOSSIER

06 ZWISCHEN TEXTMARKERN UND TRÄNENGAS

Hannah Stechel und Alina Chattha berichten von ihrem Auslandssemester an der City University in Hong Kong in Zeiten des Aufruhrs.

08 ICH SAG, ICH SAG, WAS DU NICHT SAGST

Wer darf was sagen? Wo fängt Meinungsfreiheit an und wo hört Diskurs auf? Nun, kommt drauf an, wen man fragt.

10 DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN?

Seit Jahrzehnten ist das Ausmaß der Klimakrise bekannt, aber die demokratischen Vertreter_innen bleiben untätig. Happert's da bei der Demokratie und liegt das Problem doch woanders?

12 AU REVOIR ROJAVA?

Das *progress* hat sich mit Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger getroffen und mit ihm über Rojava und den türkischen Angriffskrieg gesprochen.

BILDUNG

14 ZWISCHEN DEN STÜHLEN

Warum man sich als Erstsemester öfter auf's Bauchgefühl verlassen und nicht immer mit dem Strom schwimmen sollte.

16 WOHNST DU NOCH ODER STUDIERST DU SCHON?

Wenn man in die erste eigene Wohnung zieht, stellen sich einige Fragen. Kann ich mir das leisten? Warum ist Wohnen überhaupt so teuer?

17 KENNE DEINE RECHTE

Studieren in Österreich geht mit einigen interessanten Rechten und Pflichten einher – ein Überblick.

18 QUEER

Das Queer-Referat gibt einen Überblick über das Leben queerer Personen an Hochschulen.

19 LUST AUF EIN SEMESTER IM AUSLAND?

Dann bist du beim Referat für Internationale Beziehungen genau an der richtigen Stelle.

WISSENSCHAFT UND POLITIK

22 „ICH WILL NACH HAUSE. WANN IST DAS MÖGLICH?“

Kutupalong in Bangladesch ist das größte Flüchtlingslager der Welt. Hier leben rund 600.000 verfolgte Rohingya. Drei Berichte aus dem Camp.

24 GEKOMMEN UM ZU BLEIBEN!

Ende Oktober beschlossen einige TU-Studierende, sich dem Raumproblem an der Uni selbst anzunehmen und besetzten das leerstehende Café Nelson's.

26 NEUES AUS DER MÜLLPRESSE

In Österreichs Müllmanagement rumort es. Wie schafft es Österreich, 75 Kilotonnen an Plastikmüll einzusparen?

FEUILLETON

28 MIT KUNST IN DEN LEBENSRAUM

Die Künstler_innengruppe Testbild.001 verwandelt das Stadtteilbüro des 16. Bezirks in eine Kunstgalerie, wo man Kunst mitten am Tisch erleben kann.

29 UNIHANDBALL - FRAUEN MISCHEN DIE WIENER LIGA AUF

Das studentisch organisierte Frauenteam bietet eine Alternative zu etablierten Vereinen und steht in Wien aktuell auf dem vierten Tabellenplatz.

30 FLÜGELSCHLÄGE GEGEN KINDERARBEIT

Im 21. Jahrhundert wird Kinderarbeit vielerorts noch immer als notwendiges Übel akzeptiert. Die Butterfly Rebels kämpfen dagegen an.

31 REZENSIONEN

3 Empfehlungen zu sehr unterschiedlichen und aktuellen Büchern.

DOSSIER: Anna Conradi

BILDUNG: Timea Zsofia Terenyei

WISSENSCHAFT UND POLITIK: Anna Conradi

FEUILLETON: Timea Zsofia Terenyei

Editorial

Herzlich Willkommen,

liebe Leser_innen im *progress*, dem Magazin der ÖH! Herzlich Willkommen an der Hochschule, liebe Erstis!

Anlässlich der vor Kurzem stattgefundenen Nationalratswahlen widmet sich unser Dossier in dieser Ausgabe der Frage: Welchen Herausforderungen muss sich die Demokratie in der modernen Welt stellen? Dabei werden sowohl die aktuelle Lage in Hong Kong als auch die im Wahlkampf vorherrschende Klimakrise thematisiert.

Die erste Ausgabe des Studienjahres wollen wir außerdem dazu nutzen, alle neuen Studierenden willkommen zu heißen! Auf Seite 14 findet ihr einen Motivationsschub für das erste Jahr im neuen Studium. Auf den folgenden Seiten unterstützen euch vier der Referate der ÖH-Bundesvertretung mit zahlreichen Informationen, zum Beispiel zu Rechten von Studierenden, Wohnen und Studieren im Ausland.

Wenn dir diese Ausgabe gefällt, abonniere das *progress* kostenlos auf unserer Website, um keine weitere Ausgabe zu verpassen. Für aktuelle Informationen und weitere interessante Artikel folge uns auf Facebook, Instagram und Twitter.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch,

*Deine progress – Redaktion:
Belli, Naima und Peri*

PS: Du hast Lust zu schreiben, zu fotografieren oder zu zeichnen? Dann schreib an progress@oeh.ac.at

Impressum

Ausgabe: 03/2019

Auflage: 60.000

Erscheinungsmonat: Dezember

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft,
Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Perigan Eraslan, Naima Gobara, Isabella Hoy

Autor_innen dieser Ausgabe: Anna Amerstorfer, Julia Bauer, Katharina Bittner, Joe Brandes, Benjamin Breitegger, Johanna Brodträger, Alina Chattha, Perigan Eraslan, Agnes Forstinger, Nicklas Gattringer, Manuel Götzendorfer, Johannes Greß, Marlene Kohlberger, David Niel, Sarah S. Schindlbacher, Gilles Schneider, Robert Schwarzl, Michal Sobanski, Hannah Stechel, Iris Strasser

Cover: Iris Strasser

Lektorat: Noah Mayr

Layout: T. Jenni, J. Kolda



Liebe Kolleg_innen,

Das neue Semester hat begonnen. Damit gibt es auch heuer wieder viele neue Gesichter an den österreichischen Hochschulen. Wenn eines davon dir gehört und du momentan nicht weißt, wie du den Berg an Hausarbeiten bewältigen oder deinen Job und dein Studium unter einen Hut kriegen sollst, lass dir gesagt sein: Du bist nicht allein!

POLITIK, DIE WIRKT. SERVICE, DAS HILFT.

Als ÖH sind wir deine gesetzliche Interessensvertretung gegenüber deinem Institut, deiner Hochschule und der Bundespolitik. Wir kämpfen für deine Rechte, egal, ob es um Prüfungsantritte oder den Bezug von verschiedenen Beihilfen geht. Wir sehen es als unsere Aufgabe, uns in bildungs- und hochschulpolitische Diskussionen in Österreich einzumischen und aktiv mitzugestalten. Wir wollen eine (Hochschul-)Politik für alle Studierenden und nicht nur für jene, deren Eltern genug in der

Tasche haben, um ihren Kindern ein sorgenfreies Studium garantieren zu können.

Außerdem unterstützen wir dich mit verschiedenen Serviceangeboten, zu denen auch unser Magazin progress gehört, das du gerade in den Händen hältst. Von der Arbeit der ÖH profitieren alle Studierenden. Unsere Angebote sind frei zugänglich, angefangen von Sozial- und Rechtsberatung, verbilligten Sport- und Kulturangeboten, bis hin zu Skripten und kommentierten Vorlesungsverzeichnissen der Studienvertretungen bieten wir umfassendes Service an.

WIR HABEN VIEL VOR. Wir, das sind Adrijana, Desmond und Dora, sind seit 1. Juli 2019 als Vorsitzteam der Österreichischen Hochschüler_innenschaft im Amt. Und wir haben so einiges vor! Auch in den kommenden zwei Jahren werden wir uns bedingungslos dafür einsetzen, dass Studieren in

Österreich für alle kostenfrei und ohne Beschränkung möglich ist.

Wir stehen dafür ein, dass unsere Hochschulen allen Menschen offenstehen und alle, die studieren möchten, dies auch ohne finanzielle Sorgen machen können. Außerdem sehen wir die Hochschulen ganz klar als Ort der Diskussion und der Kritik und nicht der bloßen Vorbereitung auf eine spätere Verwertung am Arbeitsmarkt an – das beinhaltet mehr Wahlfreiheit im Studium sowie die Thematisierung von gesellschaftlichen Herausforderungen, wie aktuell der Klimakrise. Wenn du mehr darüber erfahren möchtest, wie wir das anpacken, folge uns auf Facebook, Twitter und Instagram!

Wir wünschen dir ein gutes Durchhalten – die nächsten Ferien kommen bestimmt!

Adrijana, Desmond und Dora

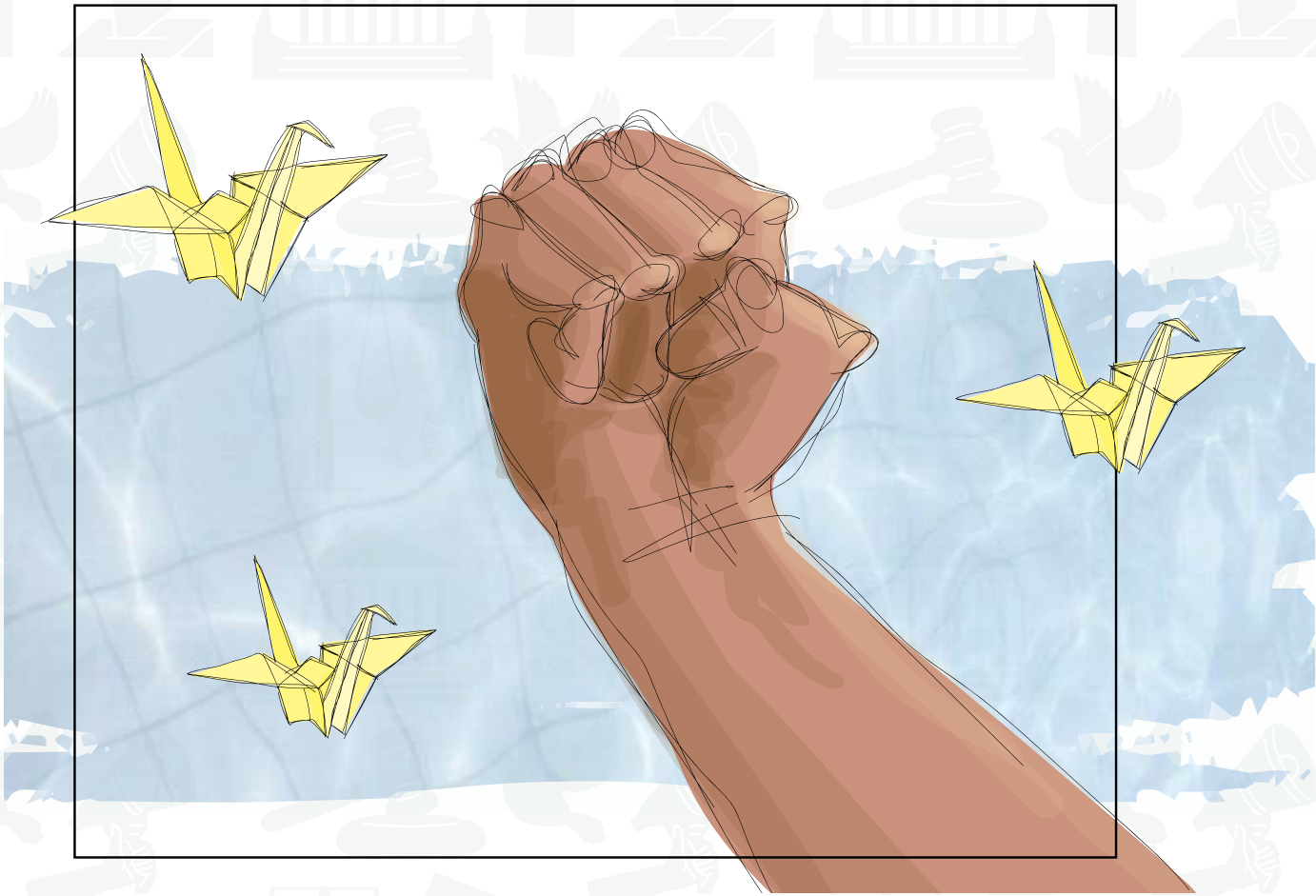
dossier



Eine schrecklich nette

Demokratie





Zwischen Textmarkern und Tränengas

Seit über 5 Monaten befindet sich Hong Kong nun schon im Chaos.
Jetzt eskaliert es an den Universitäten.

Ursprünglich hätte dieser Artikel die Unterschiede zwischen „Studieren in Österreich“ vs. „Studieren in Hong Kong“ thematisieren sollen. Und da gibt es einige. Aber das ist jetzt nicht mehr relevant, denn Studieren in Hong Kong ist für dieses Semester vorbei. Während wir diesen Artikel schreiben, sitzen wir in verschiedenen vorübergehenden Unterkünften mit den wichtigsten Sachen im Rucksack, bereit, Hong Kong vorerst zu verlassen. Statt in die finale Phase vor den Prüfungen zu starten, wurde am Montag, den 11. November, zu einem erneuten Boykott an Schulen und Universitäten aufgerufen. Nichts ungewöhnliches mehr für uns, da wir Hong Kong nicht ohne Proteste erlebt haben.

ABER DIESES MAL KAM ES DANN DOCH ANDERS. Vor dem Wohnheim der City University wurden Straßenblockaden aus Ziegelsteinen, Gittern und allem möglichen errichtet, um die Polizei davon abzuhalten, den Campusbereich zu betreten. Von da an begannen viele der Bewohner_innen, die Brücke und den Campus zum Schutz aufzurüsten, zum Beispiel mit Tischen und Regenschirmen. Am nächsten Morgen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Protestierenden, wobei die Polizei Gummigeschosse einsetzte und Tränengas in die Mitte des Wohnheimgeländes schoss. Laut dem Sender ARMchannel gab ein Officer die Anordnung, mit den Gummigeschos-

sen auf die Köpfe der Studierenden zu zielen. Für diesen Abend wurde zum ersten Mal eine Sicherheitswarnung von der Uni ausgesendet. Wer kann, soll die Unterkunft verlassen und ansonsten im Zimmer bleiben und die Türe schließen. Die Nacht blieb ruhig. Trotzdem wurden am nächsten Tag vorübergehende Unterkünfte vor allem für internationale Studierende von der Universität organisiert. Andere Studierende aus Festland-China wurden mit Bussen nach Shenzhen über die Grenze gebracht. Viele von ihnen fühlen sich durch die Spannungen zwischen Protestierenden und Establishment-Unterstützer_innen nicht mehr sicher. Selbst da dachte man noch, dass alles wieder „normal“ wird.

Am 12. November wurde dann das Semester an unserer Universität, der City University of Hong Kong vorzeitig beendet, nachdem andere Universitäten, die noch härter von den Zusammenstößen zwischen Polizei und Studierenden betroffen waren, dies schon zuvor getan hatten. Am schlimmsten traf es die Chinese University of Hong Kong, die schon vorher eine Rolle in den Protesten spielte. Dort wurden laut Fotografin Laurel Chor, die die Proteste auch auf Instagram dokumentiert hat, innerhalb von einem Tag 1300 Tränengas-Kanister verschossen. Seit Juli waren es bis dahin ca. 6000 gewesen. Zum Ende der Woche erreichten Auseinandersetzungen ihren bisherigen Höhepunkt

an der Polytechnischen Universität. Als letzte besetzte Hochschule wurde diese zum Ziel eines verheerenden Polizeieinsatzes. Studierende versuchten die Uni mit Pfeilen und Benzinbomben zu verteidigen, während die Polizei unaufhörlich Tränengas feuerte.

AUCH SCHARFE MUNITION WURDE VOR ORT GESICHTET.

Das Gefecht dauerte über einen Tag und Studierende waren gefangen in ihrer eigenen Uni. Vielen Verletzten konnte nicht geholfen werden, da medizinisches Notfallpersonal teilweise von den Polizeikräften festgehalten wurde. Statistiken des Telegram-Channels „youarenotalonehk“ stiegen danach auf fast 4.500 Verhaftete von 11-83 Jahren und mindestens 9,100 Tränengas-Einsätze vom 9. Juni bis zum 15. November. Außerdem wurden 2000 Gummi- sowie Schwammgeschosse eingesetzt und es wurde mindestens 14 Mal scharf geschossen. Nachdem sich die Lage an den Unis innerhalb einer Woche so radikal verändert hat, weiß niemand, wie es jetzt weitergeht.

Zu den Eskalationen an den verschiedenen Universitätscampussen kam es, nachdem ein 22-jähriger Student am 8. November verstorben war. Er lag mehrere Tage im Koma, nachdem er in einem Parkhaus bei einer Räumungsaktion der Polizei unter ungeklärten Umständen ein Stockwerk tief gestürzt war. Es dauerte über eine halbe Stunde bis Rettungskräfte an der Polizei vorbei konnten, um Hilfe zu leisten.

WIE ALLES BEGANN: Am 9. Juni wurde von der Regierung ein neues Auslieferungsgesetz vorgeschlagen, welches erlauben würde, Verhaftete für ihren Prozess von Hong Kong nach China zu überstellen. Viele sahen dies als einen weiteren Schritt von Peking, die Sonderverwaltungszone Hong Kong mehr und mehr unter die Kontrolle der chinesischen Regierung zu bringen. Offiziell gilt das Motto „Ein Land, zwei Systeme“, das heißt, dass Hong Kong zwar ein Teil von China ist, aber eine eigene Verwaltung hat. Bürger_innen in Hong Kong können zwar ihre Regierung wählen, allerdings wird über die Hälfte der Kandidat_innen von der chinesischen Führung vorgeschlagen. Nach dem „Umbrella Movement“ 2014, das sich formte, um den Einfluss Chinas auf Schul-Curricula in Hong Kong zu verhindern, erleben wir nun die nächste Protestbewegung für den Erhalt der Freiheit und mehr Demokratie in Hong

Kong. Offiziell endet Hong Kongs Sonderstatus 2047.

Der Widerstand gegen das geplante Auslieferungsgesetz zeigte sich schnell. In den zwei Wochen danach versammelten sich bis zu zwei Millionen Menschen, um friedlich zu protestieren. Ihre Forderung lautet einzig und allein, das Gesetz zurückzuziehen. Doch die Regierung zeigte vorerst keine Reaktion darauf. Mit der Zahl der Protestmärsche stieg auch die Anzahl der Beschwerden über unrechtmäßiges Vorgehen der Polizei. Darunter der Einsatz von Pfefferspray und Tränengas sowie unverhältnismäßige Gewalt bei Verhaftungen, oft sogar ohne erkennbare Identifikationsnummer. Während den fortwährenden Protesten entstanden 5 Forderungen, die im Laufe der Zeit charakteristisch für die Demokratie-Bewegung wurden.

„FÜNF FORDERUNGEN, NICHT EINE WENIGER“ ist einer der Slogans, der die Regierung dazu auffordert, etwas zu ändern. Zu diesen fünf Forderungen gehören die Zurücknahme des Auslieferungsgesetzes, eine unabhängige Untersuchungskommission zum Einsatz von Polizeigewalt, die Zurücknahme der Einstufung der Protestierenden als „Aufständische“ durch die Regierung, Freispruch für alle Protestierenden und ein allgemeines Wahlrecht.

Nicht nur die Polizei versucht mit harten Mitteln, die Masse im Griff zu behalten. Am 21. Juli kam es zu Angriffen durch weiß bekleidete Männer mit Baseballschlägern, die wahllos in einer U-Bahn-Station auf Protestierende und Passant_innen einschlugen. Sie werden den Triaden zugeordnet. Abgesehen davon gab es weitere Übergriffe durch China-Unterstützer_innen. Zu diesem Zeitpunkt war die Gewalt für die meisten noch klar einer Seite zuzuordnen, nämlich der Seite der Regierung.

DIE BEWEGUNG. Der Zusammenhalt in der Bevölkerung ist groß und jede_r kann ein Teil davon sein. Genau das ist ihr Vorteil. Die Bewegung ist dezentral organisiert. Der Spruch „Sei Wasser“ aus Bruce Lees Song „be water my friend“ charakterisiert die Form der Proteste. Die Massen sind flexibel und können sich jederzeit schnell von einem Ort zum anderen bewegen. Sie sind formlos wie Wasser, aber trotzdem stark. Eine Methode, sich gegenseitig zu motivieren, sind die Slogans, die sich von Protestierenden täglich

zugerufen werden. Neben „5 Forderungen, nicht eine weniger“ hieß es auch oft „Befreit Hong Kong, Revolution unserer Zeit“. Dieser Slogan wurde zuerst von Aktivist Edward Leung in den Lokalwahlen 2016 genutzt, um zu betonen, wie Menschen unabhängig von Alter und Herkunft am Wandel Hong Kongs beteiligt sein können. In der Universität, im Einkaufszentrum oder auf der Straße beginnt oft eine Person, den ersten Teil auf Kantonesisch „Gwong fuk heung gong“ zu rufen, worauf alle anderen dann mit „was si doi gak ming“ antworten. Ein weiterer Ausdruck der Unterstützung für die Demokratie-Bewegung sind die sogenannten Lennon-Walls, an denen unterstützende Botschaften, aber auch Informationen über polizeiliche Übergriffe gesammelt werden. Universitäten sind dafür ein beliebter Ort, genauso wie viele Stationen von öffentlichen Verkehrsmitteln.

EINE FRAGE DER GEWALT?

Nachdem Menschen immer öfter auf die Straße gingen und die Gewalt zunahm, hatte sich Regierungschefin Carrie Lam dazu durchgerungen, das Gesetz vorerst zu verwerfen. Etwas, von dem sich jedoch kaum jemand beeindrucken ließ. Selbst als sie es im September vollständig zurückzog, war es lange zu spät. Es reichte der Bevölkerung nicht mehr. Es sind fünf Forderungen und keine weniger.

Da sich nichts änderte, entwickelte sich ein Gefühl von Frust und Hilflosigkeit bei vielen und diesem Frust wurde freier Lauf gelassen. Ein großes Ziel der Zerstörung sind U-Bahn-Stationen. Betrieben wird das gesamte Netz nämlich von der Mass Transit Railway Company (MTR), die sich im Laufe der Proteste dem Druck Chinas gebeugt hat und nun aus strategischen Gründen während verschiedener Demonstrationen Stationen schließt. Nach den Ereignissen am chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober, bei denen ein Schüler angeschossen wurde, sperrt die MTR für einen ganzen Tag ihren Betrieb. Nur langsam ist die U-Bahn wieder länger nutzbar. Bis heute behält sich die Führung aber das Recht vor, Stationen willkürlich zu schließen und den Betrieb zu beenden. Ihnen wird auch eine Mitschuld an den Geschehnissen vom 31. August gegeben, als die Polizei die Prince-Edward-Station stürmte, Menschen verprügelte und mit Waffen bedrohte. In den letzten Monaten kam es deswegen in vielen Stationen vermehrt zu Sachbeschädigungen. Genauso

wurden Geschäfte, die die chinesische Regierung unterstützen oder sich offiziell gegen die Proteste aussprechen, zerstört. In Einzelfällen wurden auch politische Gegner_innen körperlich angegriffen. Durch ein Vermummungsgesetz versucht die Regierung weitere Ausschreitungen seitens der Demokratie-Bewegung zu verhindern. Als Antwort darauf wird zu mehr Demonstrationen mit verschiedenen Masken aufgerufen. Wie am Schluss des Filmes „V wie Vendetta“ strömen hunderte Menschen mit Guy-Fawkes-Masken in die Straßen. Wird auch hier am Ende, wenn auch nur symbolisch, das Parlament gesprengt?

WIE ES JETZT WEITERGEHT IST UNKLAR.

Gesetzesüberschreitungen auf beiden Seiten bestimmen die Situation und anstatt die Lage zu deeskalieren warnt die Regierung, dass Gewalt nur noch mehr Gewalt nach sich ziehen wird. Einige wenden sich von den Demonstrant_innen ab, da sie sich nicht mehr mit zum Teil gewalttätigen Mitteln der Bewegung identifizieren können. Aber was ist die Alternative? „Wir haben diese Situation nicht gewollt, und trotzdem werden wir dafür verantwortlich gemacht“, heißt es auf einem Schild auf dem Campus. Die Stimmung ist angespannt. „Es sind jetzt fünf Monate und ehrlich gesagt hat sich nicht viel verändert“, sagt eine maskierte Person. „Aber ich hoffe, es gibt jetzt eine Veränderung“.

Hong Kong in dieser Zeit zu verlassen ist für uns nicht einfach. Was hier geschieht braucht internationale Aufmerksamkeit. Ein Projekt, das zum Beispiel an die internationale Solidarität appelliert ist Hong Kongs „Global Lady Liberty“. Hier werden Spenden gesammelt, um die Freiheitsstatue, die mit Gasmaske, Regenschirm und Flagge ein Symbol der Proteste ist, nachzubauen. Damit soll die Unterstützung des Kampfes für Demokratie gezeigt werden.

Fight for freedom, stand with Hong Kong!

Hannah Stechel studiert Psychologie an der Universität Wien und war an der City University of Hong Kong.

Alina Chattha studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien und war an der Chinese University of Hong Kong.

Ich sag, ich sag, was du nicht sagst

**Was darf gesagt werden? Wo darf geschwiegen werden?
Ein Erklärungsversuch zur Debatte über Meinungsfreiheit, die sich vielmehr als
Ringen um Deutungshoheit entpuppt.**

„Was man noch sagen darf“, titeln die Frankfurter Allgemeine und die Süddeutsche Zeitung. „Meinungsfreiheit“, schreibt sich der Spiegel groß auf's Cover und hebt dabei das Wort Unfreiheit graphisch heraus. Die Zeit stellt schon am Titelblatt den Grund für die Bedrohung fest: „63% der Deutschen glauben, man müsse sehr aufpassen, wenn man seine Meinung öffentlich äußert“. Anfang November wurde erneut eine Debatte rund um die vermeintlich bedrohte Meinungsfreiheit im Feuilleton – so nennt sich der Kulturteil anspruchsvoller Zeitungen – losgetreten.

Die These lautet: Die knapper werdenden Grenzen des Sagbaren engen die Meinungsfreiheit immer weiter ein. Schuld seien im Prinzip die „politisch Korrekten“. Darunter verstanden werden hauptsächlich die politische Linke, die sogenannten Gutmenschen und vielleicht sogar am beliebtesten: die „menschenrechtsorientierten Hyperfeminist_innen“, wie es Falter-Chef Armin Thurnher so schön gesagt hat. So leicht ist das mit der Meinungsfreiheit dann aber doch nicht.

DAS DILEMMA DER MEINUNGSFREIHEIT.

Diskurse sind im Grunde das, worüber in der Öffentlichkeit gesprochen wird. Sie sind laut dem Diskursanalytiker Michel Foucault „als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen.“ Wer heute die öffentliche Diskussion verfolgt, wird feststellen, dass die Meinungsfreiheit in Österreich nicht tatsächlich bedroht ist. Eigentlich ist das Gegenteil der Fall: Etwa konnte man in den letzten beiden Nationalratswahlkämpfen gut beobachten, dass ursprünglich identitäre Begriffe wie „Bevölkerungsaustausch“ zuerst durch die provokante Verwendung der FPÖ und dann durch die Übernahme in die mediale Berichterstattung normalisiert wurden. Damit erstarken auch die rassistischen, sexistischen, homo- und transfeindlichen

Stimmen in der Gesellschaft und erfahren immer weniger Gegenhall.

Parallel zu dieser Entwicklung wird es immer weniger gern gesehen, wenn sich Personen das Recht herausnehmen, mit diskriminierenden Stimmen nicht zu diskutieren. Nun gibt es diese zwei gegensätzlichen Auffassungen: Die einen sagen, Diskriminierung sei im Sinne der Gleichheit aller Menschen einfach nicht verhandelbar. Die anderen sagen, der freie Diskurs belebe doch die Demokratie und wer sich herausnimmt, nicht auch „konservative“ Anschauungen zu verhandeln, ersticke die Demokratie im Keim. Wobei es selten um konservative Werte in ihrem eigentlichen Sinne geht, sondern schlicht und einfach um die verbale Herabsetzung gesellschaftlich Benachteiligter. Ist es wirklich möglich, dass das Weglassen diskriminierender Sprache das pluralistische Meinungsspektrum der Gesellschaft einengt?

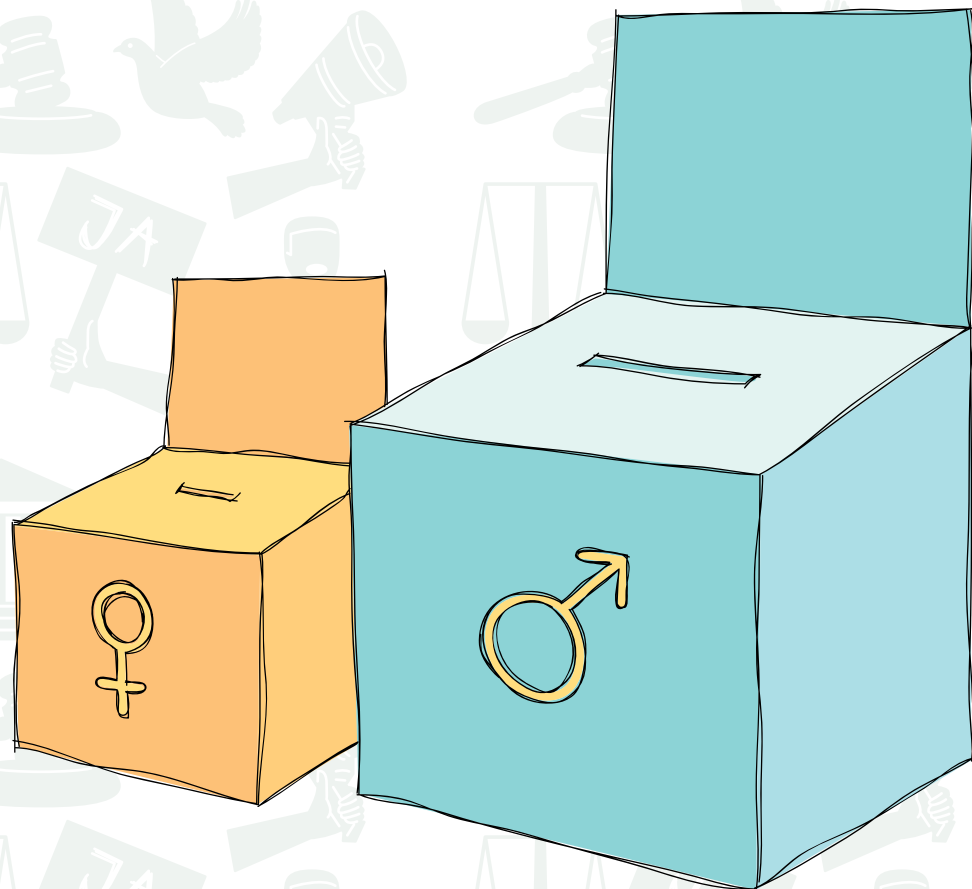
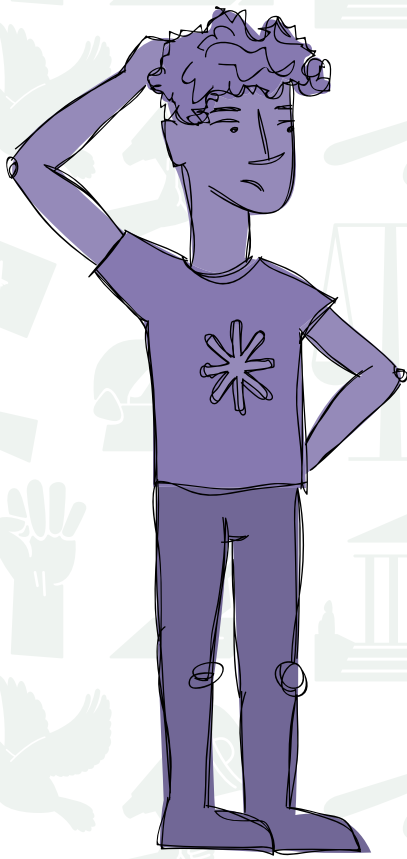
Ein aktueller Fall, in dem genau darüber gestritten wird, ist die Causa True Fruits. Der Smoothie-Hersteller True Fruits hat sich in der Vergangenheit, um seine Produkte zu verkaufen, legaler Weise immer wieder rassistischer und sexistischer Inhalte bedient. Aus dem Widerstand der Zivilgesellschaft entwickelte sich eine effektive und breitenwirksame Bewegung: Die Kampagne „True Diskriminierung“ initiierte offene Briefe an Handelspartner_innen von True Fruits und wurde von bekannten Stimmen unterstützt. Da sich der Saffthersteller nicht einsichtig zeigt, ist das Ziel den Handel zu überzeugen, die Produkte aus dem Sortiment zu nehmen. Wirklich beeinträchtigende Folgen hatte das für die Firma True Fruits noch nicht. Vielmehr galt das Marketing als gelungen, denn die Aufmerksamkeit hatten sie. Eine Menge neuer Unterstützer_innen der eigenen Ansicht gab es auch, denn der Fall hat polarisiert. Das Dilemma, in dem man scheinbar zwischen zwei

Grundsätzen wählen muss, trägt sich hier perfekt zur Schau: Meinungsfreiheit oder Minderheitenschutz. Dass etwa Drittfaktoren in der Debatte rund um die Meinungsfreiheit eine Rolle spielen oder überhaupt ganz andere Aspekte ausschlaggebend sind, wird kaum in Erwägung gezogen.

DEUTUNGSHOHEIT. Die ganze Diskussion dreht sich bis hierhin rund um Sprache. Und Sprache ist immer auch mit Macht verbunden. Denn Macht strukturiert und legitimiert Diskurse, so definiert es zumindest Foucault. Kurz also: Jene, die über die Deutungshoheit verfügen, bestimmen auch die öffentliche Diskussion. Wer hat diese Aufgabe bei uns inne?

Der Diskurs ist in Österreich liberal dominiert. Liberal klingt ja zu allererst einmal positiv: Im Idealfall ist liberaler Diskurs nämlich frei, gleich und abgeschlossen. Mit der Macht kommt meist aber auch ein gewisser Hochmut, der die eigene Meinung über andere stellt. Sobald das passiert, soll eigentlich nur mehr die eigene Meinung durchgebracht werden. Konsens und Kompromissfindung passieren dann oft anhand von Diskreditierungen nicht übereinstimmender Parteien.

In der demokratischen Praxis werden rechte Narrative immer stärker in den Mainstream gerückt, während die radikale Idee inklusiver Sprache mit dem Argument, dass sie die Meinungsfreiheit einschränke, herabgewürdigt wird. In ihrem Buch „Politik mit der Angst“ hat die Sprachsoziologin Ruth Wodak festgestellt, dass solche Vorwürfe schlicht Versuche sind, diskriminierende Sprache zu legitimieren. Sie erläutert das am Beispiel der FPÖ, die sich immer wieder auf die Meinungsfreiheit beruft. Sie schreibt, dass solche Äußerungen sofort den Bezugsrahmen verschieben und eine neue Debatte über Meinungsfreiheit und politische Korrektheit auslösen wür-



den. Das diene der Ablenkung zum ursprünglichen Skandal. Diese ursprünglich rechtspopulistische Strategie eignet sich die liberale „Mitte“ (Stichwort: Feuilleton) immer öfter an. Könnte die Debatte über Meinungsfreiheit vielmehr eine Ablenkungsstrategie, ein Ringen um Deutungshoheit sein?

FEMINISTISCHE ERFOLGE. Wer um Deutungshoheit ringt, sieht das Privileg, dass die eigene Meinung die entscheidende ist, bedroht. Aber wieso soll das gerade jetzt der Fall sein? Vielleicht liegt es daran, dass der Widerstand gegen die patriarchalen Narrative der liberalen Deutungshoheit effektiver wird. Vielleicht liegt es daran, dass feministische Bestreben immer öfter Erfolge verzeichnen.

Zurück zum Fall True Fruits: Im Zuge der Debatte wurde der Geschäftsführer des Unternehmens Nic Lecloux auf eine Online-Marketing-Konferenz eingeladen, um über „erfolgreiches“ Marketing zu sprechen. Infolgedessen stellten sich einige österreichische Medien die Frage: Was darf Marketing überhaupt? Ein Medium, das sich dem annahm, war die Wienerin: In einer Podcast-Folge erörtert Redakteurin Magdalena Pötsch gemeinsam mit Vertreter_innen des Werberates und der Initiative „True Diskriminierung“, wieso Marketing nicht alles darf. Dabei wird auch diskutiert, ob es sinnvoll ist, dem Geschäftsführer durch die öffentliche Kritik eine Spielfläche zu geben, um seine diskriminierenden Marketing-Strategien zu verbreiten. Die Aufmerksamkeit und Zustimmung, die der Podcast bekam, hatten die Ausladung von Nic Lecloux zufolge.

Es steht also 1:0 für den Feminismus. Sind solche kleinen Erfolge Grund genug für die Definitionsmächtigen, um ihre Privilegien zu bängen? Offensichtlich. Nicht selten kommt es vor, dass feministische Stimmen diskreditiert werden, es sind vor allem kritische Autorinnen und Jour-

nalistinnen, die als Bedrohung wahrgenommen werden. Sie sind es nämlich, die erste Schritte gehen und anderen Frauen die Türen öffnen, indem sie ungleiche Verhältnisse sichtbar machen, wie Wienerin-Redakteurin Pötsch das tut: „Wir sehen es als unsere Aufgabe, auf Missstände hinzuweisen und über Formen von Diskriminierung aufzuklären“. Dass man als Frau mit kritischer Haltung oft auf Widerstand stößt, schildert die Journalistin so: „Was auffällt, ist, dass inhaltliche Kritik nicht selten auf eine persönliche und emotionale Ebene gehoben wird, sprich: Wir als Medium üben auf inhaltlicher Ebene Kritik, versuchen für Leser_innen nachvollziehbar strukturelle Probleme runterzubringen - die Reaktion passiert dann hingegen oftmals auf persönlicher Ebene. Und das, obwohl in den meisten Fällen nicht einzelne Menschen per se angeprangert werden, sondern ungleich zugeschriebene Privilegien.“

Vielleicht ist es aber gar nicht so wichtig, darüber zu reden, wer wem Übel will – denn so verfällt man selbst leicht den rechten Empörungsstrategien. Wichtiger ist anzuerkennen, dass die Diskussion um Meinungsfreiheit nichtig ist, wenn sie nur von einer Seite geführt wird.

DEMOKRATIE. Was hat es nun mit dieser Demokratie auf sich, um die wir uns angeblich sorgen müssen? Nun ja: Seitens der liberalen Deutungshoheit hätte die politisch korrekte Sprache auch Einschnitte in die Demokratie zufolge. Das ist irgendwo natürlich auch ein Widerspruch in sich: Sie sagen, Demokratie lebe von Diskussion. Aber kritische Stimmen sollten sich dennoch nicht allzu viel Gehör verschaffen dürfen. Es scheint, als wäre viel weniger die politische Korrektheit repressiv, sondern die strategisch angelegten Versuche des konservativen Mainstreams, differenzierte Gegenstimmen zu entmachten.

Wirklich demokratische Debatte sieht anders aus als der liberale Diskurs, der von wenigen Privilegierten geführt wird. Folgt man der Idee einer radikalen und pluralen Demokratie, ist demokratischer Diskurs ebenso radikal, offen und pluralistisch. Verkürzt heißt das eigentlich, dass idealer Diskurs auch feministisch ist. Und das fängt bei der Sprache an: Ungleichheit und Diskriminierung wird maßgeblich durch unsere Kultur, also auch durch Diskurs reproduziert. Um Chancengleichheit zu garantieren, muss man einen gesellschaftlichen Rahmen schaffen, in dem alle zu Wort kommen dürfen. Einen Raum, in dem man sich auf Augenhöhe und mit Haltung gegenübertritt und Diffamierung und Diskreditierung nicht einmal zur Option stehen. Damit das mit der Meinungsfreiheit auch wirklich gelingt, ist wichtig zu erkennen, welche Strukturen hinter der Diskursstrategie stecken.

IDEALER DISKURS. Meinungsfreiheit klingt so selbstverständlich. Aber mittlerweile ist sie so selbstverständlich geworden, dass selten differenziert wird: Handelt es sich um relevante Argumente? Oder werden kritische Stimmen mit irrationalen Vorwürfen der „Sprechverbote“ abgewürgt? Es ist so, dass diskriminierende Äußerungen sich oft unter den Deckmantel der Meinungsfreiheit stellen. Durch das Infragestellen dieses Verständnisses von Meinungsfreiheit könnte im Sinne eines inklusiven Feminismus die Chance ergriffen werden, einen Raum zu schaffen, indem jede_r mitreden darf, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Das steht ganz im Sinne der Demokratie und ihrer egalitären Grundwerte. Somit wird ganz schnell erkenntlich werden, dass Meinungsfreiheit und offener Diskurs auch ohne jegliche Diskriminierung gehen.

Johanna Brodträger studiert Philosophie und Publizistik- und Kommunikationswissenschaften in Wien.

DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN?

In Sachen Klimakrise ist klar: Die Zeit drängt. Aber ist es deshalb legitim, die Demokratie einzuschränken, wie einige Forscher_innen das fordern?

Stimmen, demokratische Rechte zu Gunsten des Klimas zu beschränken, häufen sich im Verlauf der letzten Jahre – auch in der Wissenschaft. Schließlich gehe es ums Überleben einer ganzen Spezies. Und schließlich müsse genau das ja im Interesse der Mehrheit liegen und um die gehe es ja in der Demokratie. Da könne man – salopp formuliert – Demokratie auch mal kurz beiseiteschieben. Aber: Gibt es Gründe, Ausnahmesituationen vielleicht, in denen es legitim erscheint, die Herrschaft statt dem Volk lieber ausgewählten Expert_innen zu überlassen? Rechtfertigen die Dringlichkeit und der existenzielle Charakter der Klimakrise autoritäre Eingriffe in eine demokratische Gesellschaft?

„UNITE BEHIND THE SCIENCE!“, ermahnt die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg die Herrschenden dieser Welt immer wieder. Macht einfach das, was die Wissenschaft euch sagt! Darin steckt die Botschaft: Niemand kann ernsthaft wollen, dass die Erde sich um mehr als 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erhitzt – also hört einfach auf die Wissenschaftler_innen und auf das, was da in ihren dicken Berichten geschrieben steht. Denn dann – und nur dann – können wir die katastrophalsten Auswirkungen der Klimakrise noch abwenden.

In der Tat, niemand kann das wollen können: Eine Menschheit, die sich sukzessive ihrer eigenen Lebensgrundlage beraubt. Und doch scheinen es einige, gar nicht wenige, zu tun. Die Klimakrise ist keine Krise des Klimas, sondern allen voran eine des Menschen, eine existenzielle noch dazu. Wenn wir – das heißt eine privilegierte Mittel- und Oberschicht im Westen – innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht radikale Änderungen in unserer Produktions- und Lebensweise vollziehen, wird unser Fortbestehen – gelinde gesagt – sehr ungemütlich werden.

Dennoch: Kein einziger G20-Staat erfüllt derzeit die im Pariser Klimavertrag von 2015 festgehaltenen Vereinbarungen. Donald Trump hat unlängst bekannt gegeben, gleich ganz aus dem Abkommen aussteigen zu wollen. Dabei ist die wissenschaftliche Beweislage eigentlich erdrückend und die Mehrheit der Staatschef_innen der G20 sind demokratisch gewählt. Wenn man davon ausgeht, dass ein intakter Planet eigentlich im Sinne aller sein sollte, stellt sich die Frage: Werden die Klimaziele nicht eingehalten, obwohl oder gerade weil die Regierungen demokratisch gewählt sind? Einen „Defekt“ des demokratischen Systems zu diagnostizieren, den es mittels eines autoritären „Eingriffs“ zu beheben gelte, liegt da nicht allzu fern. Derlei Überlegungen schwirren seit Jahren durch die Debatte. Bereits 2007 forderten beispielsweise die Australier David Shearman und Joseph Wayne Smith in ihrem Buch „The Climate Change Challenge and the Failure of Democracy“, es brauche „eine autoritäre Regierungsform, um den Konsens der Wissenschaft zu Treibhausgasemissionen zu implementieren“.

Der Ruf nach weniger Demokratie zum Wohle der Menschheit beruft sich auf Argumente, die auf den ersten Blick sehr sinnvoll erscheinen mögen. Eines davon lautet: Demokratische Institutionen sind notorisch langsam. Ein bürokratischer Apparat aus Gremien, Untergremien, Ausschüssen und Unterausschüssen agiert zu statisch, um der Dringlichkeit der Klimafrage Herr zu werden. Außerdem seien Parteien und Politiker_innen in erster Linie am eigenen Machterhalt interessiert – konkrete Politik orientiert sich daher eher an der Dauer der Legislaturperiode als an der eigenen Ideologie (falls es so eine überhaupt noch gibt). Und schließlich sei die Klimakrise zu

komplex, um von der Mehrheit durchdrungen zu werden. Lieber überlasse man das Wissenschaftler_innen, die wissen schließlich was sie tun (und werden ja auch dafür bezahlt).

Diese Argumente mögen für sich betrachtet alle etwas für sich haben – aber sie verkennen den Kern der Problematik. Sie reduzieren die Klimakrise auf die rein technische Dimension. Wer nur in technischen Kategorien denkt – und diese Betrachtungsweise dominiert derzeit die Debatte – kommt nicht umhin, nach Expert_innen, effizienten und ideologiefreien Lösungen zu fragen. Der Schritt ins Autoritäre ist da nicht weit – Technik ist geradezu der Inbegriff des Antidemokratischen.

Indem vermeintliche Lösungsansätze für die Klimakrise nur in technischen Kennzahlen diskutiert werden, wird suggeriert, alles könne so bleiben wie bisher – wir haben nur noch nicht die richtigen Technologien dafür gefunden. Solange Expert_innen demnächst die richtigen Erfindungen zusammentüfteln, sei auch der Erhalt der SUV-Billigflug-Mentalität garantiert. Aber diese Krise ist keine Technische, sie ist keine Frage von Zahlen und Daten, sondern eine, die eng in Verbindung mit unserer Produktions- und Lebensweise sowie unserer Vorstellung vom guten Leben steht – kurz: Diese Krise ist eine gesellschaftliche und damit auch eine, die gesamtgesellschaftlich, also demokratisch, bearbeitet werden muss. Gleichzeitig resultiert die Klimakrise ironischerweise nicht aus einem Zuviel, sondern – ganz im Gegenteil – aus einem Zuwenig an Demokratie.

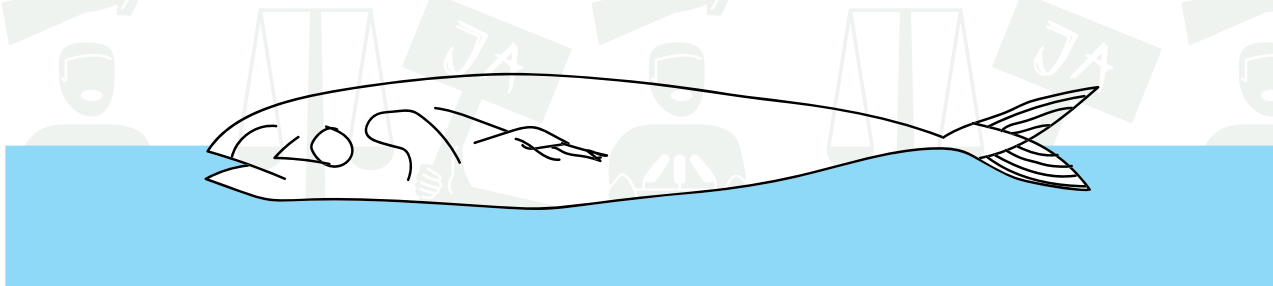
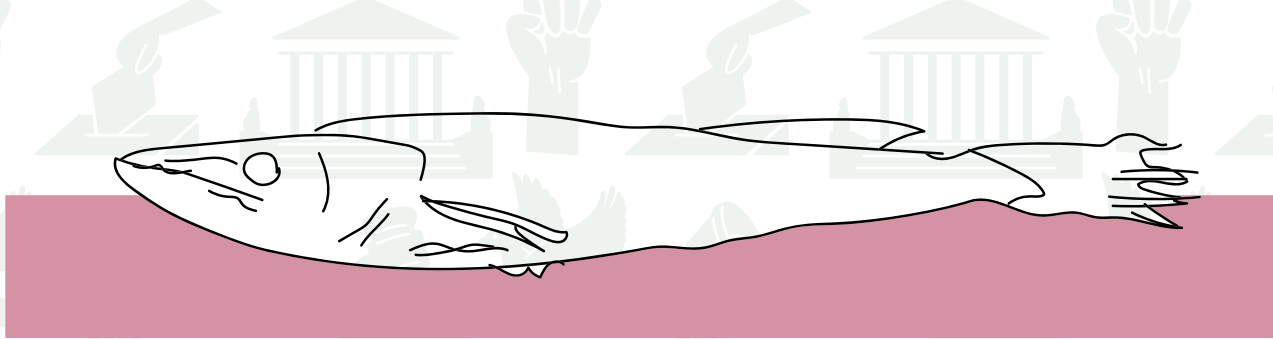
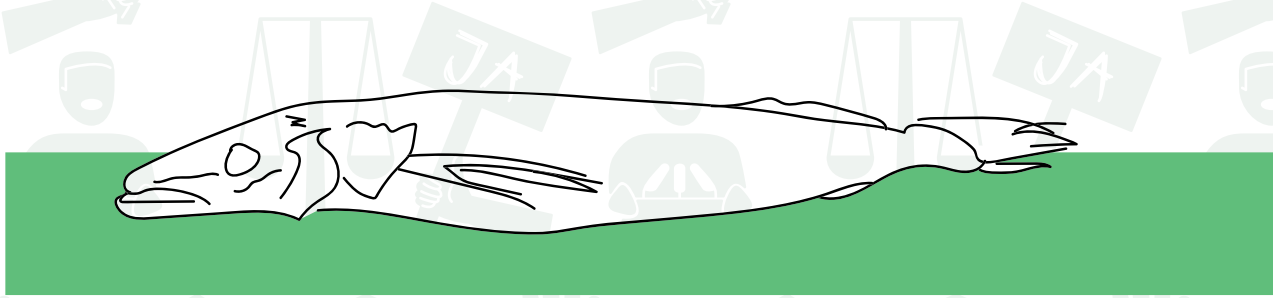
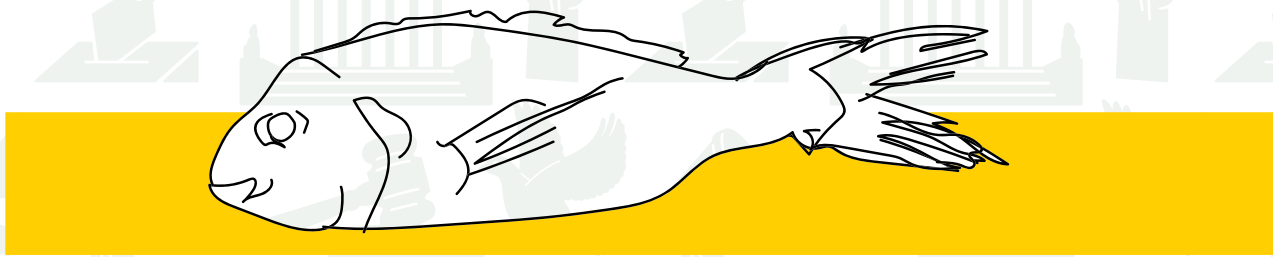
DEMOKRATIE BEDEUTET HERRSCHAFT DES VOLKES. Jene, die an der Macht sind, müssen jederzeit damit rechnen, morgen nicht mehr an der Macht zu sein. Jahrhundertlang haben angeblich von Gott gesandte König_innen diesen Machtort auf Le-

benszeit für sich reklamiert. Seit den bürgerlichen Revolutionen in Europa im 18. und 19. Jahrhundert sollte dieser Ort einzig dem Volk bzw. dessen Vertreter_innen vorbehalten sein. Doch die demokratische Logik – die Herrschaft des Volkes – wird beständig bedroht von Versuchen, den Ort der Macht an einen quasi-metaphysischen Grund zu koppeln. Einen Grund, der der Herrschaft des Volkes entzogen ist, der sich angeblich außerhalb der demokratischen Arena befindet, der unhinterfragbar bleiben soll: Religion, Natur, Vernunft, Technik oder Sicherheit, um nur einige zu nennen. Oder eben: Die Ökonomie.

„AM ANFANG WAR DER MARKT“.

Der Verweis auf die vermeintlichen „Gesetze des Marktes“ vermag noch jede (demokratische) Debatte im Keim zu ersticken. Nur permanentes wirtschaftliches Wachstum kann gemäß dieser „Marktlogik“ die Aufrechterhaltung des Wohlstands garantieren. Mehr ist mehr – und was heute mehr ist, ist morgen schon zu wenig. Der Marktradikalismus erhebt die permanente Selbstentgrenzung zur obersten Norm, zur *conditio sine qua non* zivilisatorischen Bestehens. Das gilt selbst, wenn es im scheinbar größtmöglichen Widerspruch zur eigentlichen Thematik steht: Wer dem Wachstum „des Marktes“ Grenzen setzen will, um unsere Lebensgrundlage zu bewahren (vulgo: Umweltschutz), riskiert gemäß dieser Logik einen Wohlstandsverlust. Nicht der Verlust der Artenvielfalt, sauberer Luft, fruchtbarer Böden oder unserer Wälder, sondern das Minus vor der BIP-Wachstumsrate stellt den eigentlichen Wohlstandsverlust dar.

Dieser Marktradikalismus ist eingebettet in eine libertäre Freiheits-Ideologie, die Freiheit vor allem als Konsumfreiheit kennen will. Freiheit ist Konsum ist Wachstum ist Wohlstand ist Freiheit. Um nur ein Beispiel zu nennen, wie tief dieses Freiheits-



verständnis in uns verwurzelt ist: Als vor gut zehn Jahren die Verordnung EG Nr. 244/2009 der EU-Ökodesign-Richtlinie, besser bekannt als Glühbirnenverbot, erlassen wurde, rauschte eine Hysterie durch die Presse, als sei gerade das Folterverbot aufgehoben worden. Das Schreckgespenst der „Öko-Diktatur“ war geboren. Das sei eine „Zumutung“ und ein „unzulässiger Eingriff ins Privatleben“ noch dazu! Es ging um Glühbirnen.

„Die eigentliche Zumutung“, sagte der Nachhaltigkeitsforscher Ingolfur Blühdorn unlängst in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, „ist die Selbstverständlichkeit, Rücksichtslosigkeit und die Entschiedenheit, mit der der Anspruch auf solche exklusiven Freiheitsansprüche verteidigt wird“. Denn der Versuch, die Freiheit beständig auszuweiten, geht auch auf Kosten der Gleichheit – dem anderen Pol der Demokratie, in dessen Spannungsfeld die Frage der Gerechtigkeit diskutiert wird. Etwa 80 Prozent der Weltbevölkerung haben in ihrem Leben noch nie ein Flugzeug bestiegen. Dass die Antwort auf die Frage, ob man zukünftig zum Wohle des Klimas auf Kurzstrecken- und Billigflüge verzichten sollte, meist – in

einer Art reflexartigen Schnapphysterie – mit „freiheitsfeindlich“ abgetan wird, erscheint in diesem Lichte wie eine Farce. Vor allem, da es jene 80 Prozent Nicht-Flieger_innen sind, die die Folgen der Erderhitzung am meisten zu spüren bekommen werden bzw. bereits zu spüren bekommen.

FREEDOM AIN'T FREE. Dass „Klima- und Umweltschutz nicht als Frage globaler Gerechtigkeit und unabdingbar für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen diskutiert werden – sondern als Zumutung, Verzicht, ja sogar als antidemokratische Gewaltherrschaft“, schreibt die Journalistin und Autorin Kathrin Hartmann in einem Beitrag in der Wochenzeitung der Freitag, ist „eine erstaunliche Täter_innen-Opfer-Umkehr“. Die landläufige Definition der Freiheit besagt, dass sie gerade dort endet, wo jene der anderen Person beginnt. Wo die Freiheit diese Grenze überschreitet, tut sie das auf Kosten der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Es erklärt sich von selbst, dass dies mit der Freiheits-Ideologie eines Marktradikalismus nicht kompatibel ist.

Womit wir zur Frage der Demokratie zurückkehren können. In einer demo-

kratisch organisierten Gesellschaft werden die Regeln des Zusammenlebens gemeinsam verhandelt. Dabei kommt es zu Interessenskonflikten, sollte es sogar. Verfechter_innen des marktradikalen Freiheitsdenkens empfinden jede Regel, die ihrem Tun Grenzen setzt, als Hindernis, als Zumutung. Alles, was über die „Gesetze des Marktes“ hinausgeht, steht tendenziell im Verdacht, die Freiheit und damit den Wohlstand zu gefährden. Natürlich haben gerade sie ein großes Interesse daran, Regeln auf ein Minimum zu reduzieren.

Doch derzeit deutet vieles darauf hin, dass gerade dieses Freiheits-Verständnis unseren Wohlstand gefährdet. Nicht Wohlstand im ökonomischen Sinne, sondern in Form von guter Luft, sauberen Meeren oder gesundem Essen. Doch indem die Frage nach dem guten Leben den Kapitalinteressen einiger weniger geopfert wird, steht plötzlich der Wohlstand aller auf dem Spiel. Die permanente Selbstentgrenzung der Freiheit schlägt sukzessive in ihr Gegenteil um: Unfreiheit, Zwang.

Wir sind gerne dazu verleitet, vermeintliche „Defekte“ der Demokratie mit einer Beschränkung dieser beant-

worten zu wollen. Oftmals ist das Gegenteil der Fall: Die Beschränkung der Demokratie ist nicht die Lösung des „Defekts“, sondern dessen Ursache. So auch hier. Es braucht kein Weniger, sondern ein Mehr an Demokratie, um die Klimakrise zu bekämpfen. In einer Demokratie ist nicht „der Markt“, sondern einzig die Demokratie selbst zur permanenten Selbstentgrenzung legitimiert. Es braucht einen demokratischen Aushandlungsprozess, der jenseits marktfundamentalistischer Annahmen funktioniert, der Wohlstand nicht mit Wachstum und Konsum gleichsetzt – der es ermöglicht, auf Basis von Gleichheit und Freiheit ein neues Verständnis vom guten Leben zu entwickeln. Hierzu benötigt es alle Teile der Gesellschaft. Nicht zuletzt die Wissenschaft, die – obschon sie keine moralische oder politische Legitimation genießt – ihren entscheidenden Beitrag dazu wird leisten müssen.

Johannes Greß (25) studiert Politikwissenschaft im Master und arbeitet als freier Journalist in Wien.

Au Revoir Rojava?

Das progress hat sich im November mit Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger getroffen und mit ihm über Rojava und den türkischen Angriffskrieg gesprochen.

progress: *Bricht die Türkei gerade Völkerrecht?*

Thomas Schmidinger: Völkerrechtlich ist das eindeutig ein Angriffskrieg. Es gab keine Angriffe von syrischen Kräften auf die Türkei – ein Verteidigungskrieg lässt sich nicht mit Behauptungen argumentieren.

progress: *Vergangenen Herbst hat Trump angekündigt, dass die USA ihre Truppen an der syrisch-türkischen Grenze abziehen werden – ein implizites Go für eine türkische Invasion. Wie lässt sich dieser Schritt der USA erklären?*

Thomas Schmidinger: Angekündigt hat das Präsident Trump ja schon mehrmals. Insofern ist es auch schwer zu sagen, ob es einen konkreten Grund für diesen Zeitpunkt dafür gegeben hat. Ich vermute tatsächlich, dass es die Sprunghaftigkeit von Trump ist, dass, nachdem er ein Telefonat mit Präsident Erdogan geführt hat, er da spontan entschieden hat, sich zurückzuziehen. Ich sehe keine strategische Planung hinter diesem Schritt, kein strategisches Interesse.

progress: *Was erhofft sich Erdogan von diesem Angriff?*

Thomas Schmidinger: Die Hauptgründe für die Türkei liegen mehr in der Innenpolitik als in der behaupteten Bedrohung durch die YPG/YPJ (Anm.: Kurdische „Volksverteidigungseinheiten“/„Frauenverteidigungseinheiten“). Es gibt auch keine anderen Interessen, die die Türkei in Syrien hätte, sondern der Hauptgrund ist schlicht und einfacher, dass es in der Türkei immer funktioniert, bei innenpolitischen Krisen die Aggression nach außen zu lenken. Das hat 2018 schon geholfen. Auch damals hat sich die CHP (Anm.: „Republikanische Volkspartei“ der Türkei) als größte Oppositionspartei hinter den Angriffskrieg in Afrin gestellt. In der Zwischenzeit hat die CHP mit Istanbul und Ankara große Städte dazugewonnen und das Regime in Zugzwang gebracht. Wenn es aber Krieg gegen ein Nachbarland gibt, steht die CHP wieder hinter der Regie-

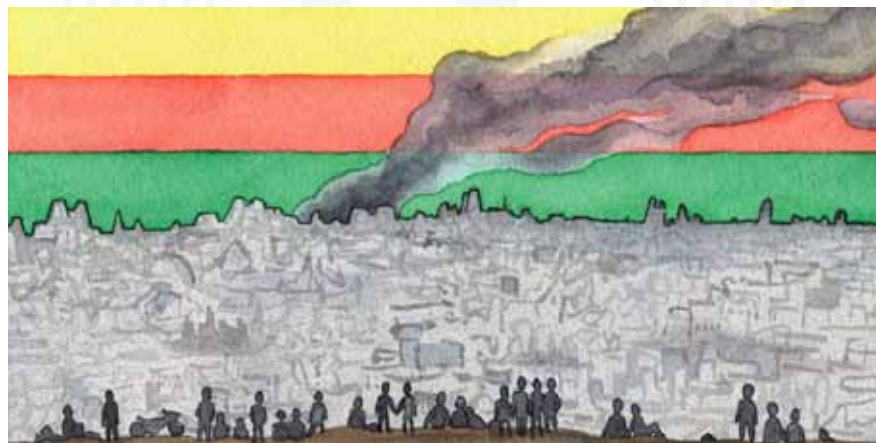


Illustration: Kathrin Conrad

rung. Dieses innenpolitische Kalkül in einer schweren wirtschaftlichen Krise war wohl das Hauptmotiv.

progress: *Wie sieht's derzeit in der Region aus?*

Thomas Schmidinger: Es ist sehr unterschiedlich an verschiedenen Ecken des Gebiets. In der Mitte des Gebiets gibt es einen türkisch besetzten Streifen. Dort gibt es eine Einigung zwischen russischen und türkischen Truppen, dass dort die Türkei einmarschieren darf. Es gibt in diesen Gebieten keine YPG/YPJ mehr, aber sehr wohl noch immer die lokalen demokratischen Kräfte und die lokale kurdische Polizei. Auch die Selbstverwaltungsstrukturen sind weiterhin aufrecht. In einem Teil, nämlich dort, wo die Ölfelder sind, sind auch weiterhin die USA präsent. Insgesamt gibt es sogar mehr amerikanische Soldat_innen in der Region als vor dem Rückzug, allerdings sind sie weniger aufs gesamte Gebiet verteilt, sondern nur mehr bei den Ölvorkommen präsent. Was es im ganzen Gebiet gibt, sind gehäufte Anschläge vom IS.

progress: *Der Angriff der Türkei hat dafür gesorgt, dass jetzt hunderte IS-Mitglieder auf freiem Fuß sind, da die kurdischen Kräfte die Gefängnisse nicht mehr bewachen konnten. Ist ein neues Erstarken des Fundamentalismus in der Region zu erwarten?*

Thomas Schmidinger: Ja, definitiv. Statistisch wurde ein Anstieg der Angriffe um 300% erfasst. Aber ob das

ausreicht, um Territorium unter Kontrolle zu bringen, weiß ich nicht. Man darf nicht übersehen, dass viele ehemalige IS-Kämpfer_innen jetzt bei anderen Milizen sind. Was ich fast für wahrscheinlicher halte als ein Wiederaufstehen des IS ist, dass andere ähnlich ausgerichtete Organisationen mehr an Einfluss gewinnen.

progress: *Erdogan geht nicht nur militärisch gegen Kurd_innen vor. Wie spielt sich die antikurdische Gewalt in der türkischen Innenpolitik ab?*

Thomas Schmidinger: Wir wissen, dass eben erst eine Reihe demokratisch gewählter Bürgermeister_innen abgesetzt worden sind, dass es tausende politische Gefangene gibt, die wegen vermeintlicher Mitgliedschaft bei der Gülen-Bewegung oder der PKK (Anm.: „Arbeiterpartei Kudistan“) oder anderen vorgeblich staatsfeindlich Gesinnten eingesperrt werden. Die Willkür dieser Repression führt dazu, dass auch die, die noch auf freiem Fuße sind, sich selbst zensurieren. Das geht bis in die Diaspora herein. Wir haben auch hier in Österreich jede Menge Personen, die sowas direkt in der Türkei melden. Jede Person, die noch Familienangehörige in der Türkei hat und die noch sehen möchte, überlegt halt zweimal, ob sie etwas Kritisches veröffentlicht. Es hat kürzlich den Fall gegeben, dass die Goethe-Universität in Deutschland die dortige Studierendenvertretung aufgefordert hat, Namen der Mitglieder

der YXK (Anm.: Verband kurdischer Studierender) bekannt zu geben. Anscheinend hatte sie das türkische Konsulat in Frankfurt angefragt. Es ist ein Skandal, dass eine deutsche Universität sowas tut. Es ist dann glücklicherweise nicht erfolgt, aber nur weil die Studierendenvertretung schlau genug war, nicht nachzugeben.

progress: *International hat es ja einiges an Aufschrei gegeben. Ist diese Solidarität in Rojava angekommen? Welche realen Konsequenzen hat die Türkei für die Offensive erfahren?*

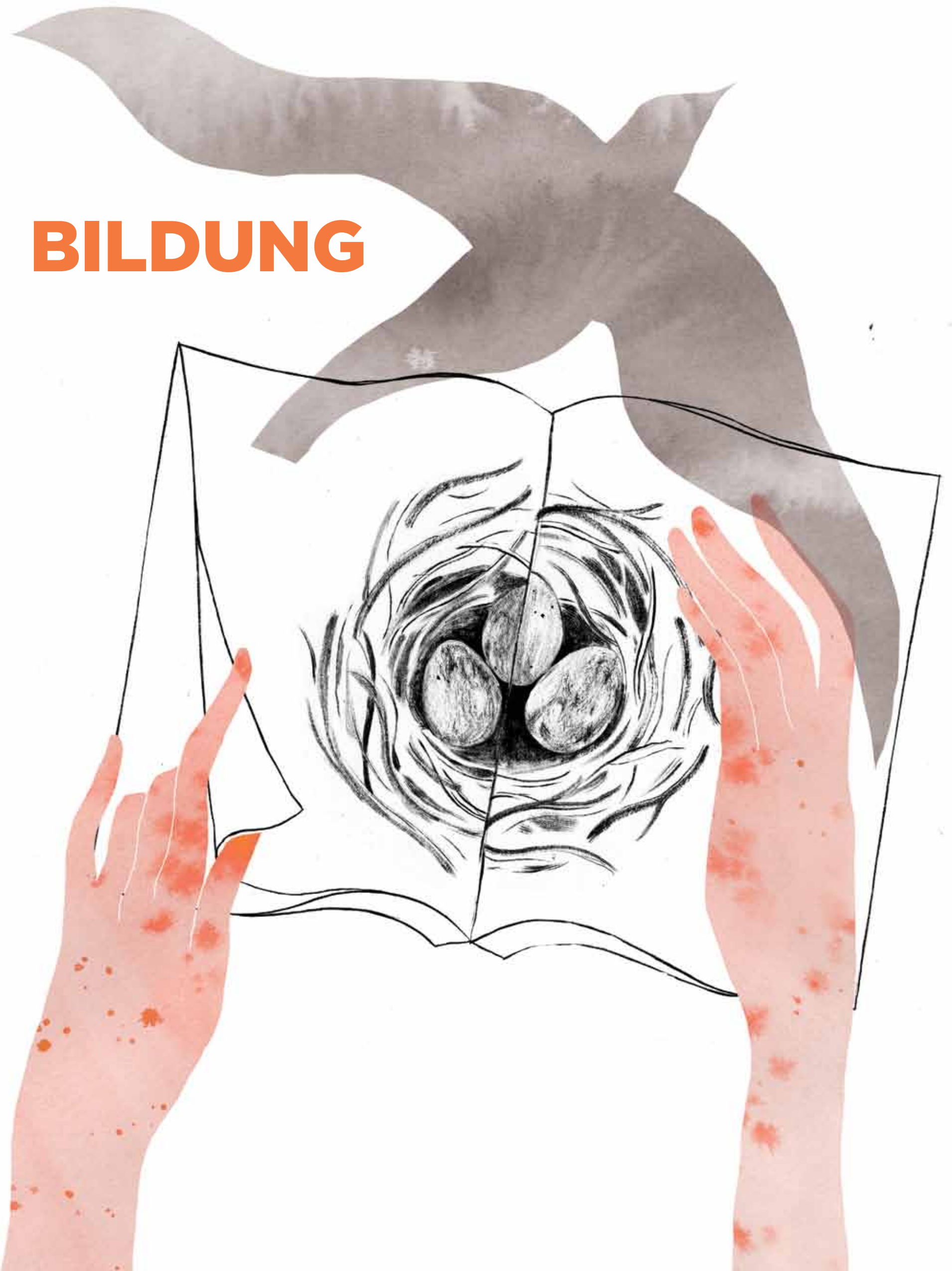
Thomas Schmidinger: Ankommen tut der Protest in Rojava sehr. Die Leute verfolgen sehr genau, was in Europa und der ganzen Welt passiert. Das ändert sicher etwas am Durchhaltevermögen der Bevölkerung, aber ob das reale Auswirkungen auf das Verhalten von Staaten in der internationalen Gemeinschaft hat, ist eine andere Frage. Was der Türkei wirklich weh tun würde, wären wirtschaftliche Sanktionen. Gezielte Sanktionen gegen Mitglieder des Regimes. Natürlich würde es auch weh tun, wenn die Türkei aus der NATO fliegen würde. All das ist eben nicht geschehen. Man hat im Großen und Ganzen versucht, die Türkei zu appeasen, sie also zu beschwichtigen und Konflikt zu vermeiden, indem Zugeständnisse gemacht werden.

progress: *Nun – wie geht's weiter?*

Thomas Schmidinger: Ich glaube nicht, dass die Selbstverwaltung schon völlig am Ende ist. Auch wenn das syrische Regime versuchen wird, die Gebiete vollends zu übernehmen, werden sie noch geraume Zeit auf die Kooperation mit den Syrischen Demokratischen Kräften (Anm.: Militärbündnis, in dem die kurdischen Streitkräfte operieren) angewiesen sein.

Das Interview führte Perigan Eraslan (21), Redakteurin des progress. Sie studiert Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien.

BILDUNG



Zwischen den Stühlen

Warum man sich als Erstsemester öfter auf's Bauchgefühl verlassen und nicht immer mit dem Strom schwimmen sollte.

Das Wintersemester hat begonnen und neue Gesichter tummeln sich in den Gängen der Institute. Tausende „Erstis“ sind damit beschäftigt sich an die Kälte Wiens zu gewöhnen und das Anmelde-system ihrer Universität zu begreifen. Der Studienbeginn ist schwer, das wissen wir alle, womöglich noch schwerer, wenn man in einer fremden Stadt zu studieren beginnt und diese Stadt Wien ist. Eines muss man allerdings immer im Hinterkopf behalten: Man ist nie allein auf der Suche nach netten Wiener_innen und dem Audimax.

„WAS MACHST DU DANN DAMIT?“ – JEDE_R, IMMER. All jene, die die letzten Wochen bereits in Hörsälen und Bibliotheken verbracht haben, haben den ersten Schritt bereits hinter sich: die Studienwahl. Den einen wurde der Karriereplan in die Wiege gelegt, vorgelebt oder aufgedrängt. Andere sind sich ihrer Berufung bereits im Teenageralter sicher geworden und wieder andere haben erst im Laufe der Ausbildung das richtige Berufsfeld für sich gefunden. Alle drei sind legitime Möglichkeiten zur Entscheidungsfindung, immerhin könnte genau in dieser Zeit der Dreh- und Angelpunkt der beruflichen Laufbahn liegen. Folgendes Beispiel zählt zur letzten Kategorie und ist ein Paradebeispiel dafür, dass dem eigenen Instinkt mehr Wert zugesprochen werden sollte als Empfehlungen von Dritten. Auch wenn diese Dritten Eltern, Freund_innen und Verwandte

sind und erst recht, wenn die Stimme im Kopf dem gesellschaftlichem Zwang nach Anpassung entspringt.

Für Charlotte* (24) begann die Zeit als Studentin 2014, als sie sich aus Interesse für Theater-, Film- und Medienwissenschaft (TFM) an der Hauptuni Wien inskribierte. Um außerdem noch ein „sicheres Standbein“, mit dem man auch „gutes Geld verdienen kann“, zu haben, begann sie parallel dazu mit der STEOP an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ein Semester und viel Arbeit später brach sie beide Studienrichtungen ab. Nicht zufrieden mit dem Input. Durch den guten Ruf des angesehenen Studiums, die große Lernkapazität von Charlotte und von extrinsischer Motivation gesteuert meldete sie sich um und begann 2015 Jus zu studieren. Fast zeitgleich stolperte sie über eine Ausschreibung und bekam einen Job am Theater im Publikumsdienst. Die Erinnerung an ihre eigentliche Leidenschaft kommt zurück und im Sommersemester 2016 nimmt Charlotte das Studium der TFM wieder auf. Heute hat sie seit knapp drei Jahren die Leitung eines 11-köpfigen Teams inne und übernimmt erfolgreich Projektleitungen bei Theater-, Kunst- und Kulturproduktionen. Moral der Geschichte? Nicht vom Druck des gesellschaftlichen Echos nach Erfolg und der österreichischen Titel-Geilheit verunsichern lassen. Wenn jede_r der Arbeit nachgeht, die er_sie gut und gerne macht, könnte man den Konkur-

renzkampf und die Unzufriedenheit im Job ein Stück weit eindämmen.

UNGLÜCKLICH IM STUDIUM.

WIE GEHT ES WEITER? Falls ein Studienwechsel notwendig ist, beachte Folgendes: Seitens der Universitäten darf man das Studium so oft ummelden, wie man möchte, allerdings hat man ab dem dritten Wechsel keinen Anspruch mehr auf Studienbeihilfe, welche bis zu 679€ ausmachen kann. Gleiches gilt für die Familienbeihilfe, zusätzlich müssen die Studienwechsel vor dem dritten inskribierten Semester vorgenommen werden. Der erste Schritt ist es, die Voraussetzungen für die Zulassung zum Studium zu recherchieren. Sollte das Studium keine Zugangsbeschränkung vorsehen, ist der zweite und letzte Punkt die fristgerechte Ummeldung über die Studienzulassung persönlich oder online per Kontaktformular. Internationale Studierende müssen zusätzlich zur normalen Prozedur außerdem erneut einen Antrag auf Zulassung für den gewünschten Studiengang stellen. Bei der Ummeldung auf ein Bachelorstudium mit Aufnahmetest muss dieser natürlich absolviert werden, bevor die Inskription abgeschlossen werden kann. Im Regelfall finden Aufnahmeverfahren nur im Wintersemester statt, demnach ist ein Wechsel im Sommersemester nicht immer möglich.

ZWEI-SEMESTER-THEORIE. Bevor man sich allerdings der Tortur der Bürokratie hingibt, gilt es abzuwägen,

ob die Unzufriedenheit tatsächlich von den Inhalten des Lehrplans ausgeht oder ein Zeichen der Überforderung ist. Gleich vorab: Mit den Symptomen eines Burn Outs oder einer psychischen Krankheit ist nicht zu spaßen. Sollten ungewöhnliche Signale wahrgenommen werden, gibt es viele Stellen, an die Studierende sich wenden können. Eine davon ist initiiert vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und stellt online auf www.studierendenberatung.at wertvolle Informationen zur Verfügung oder verweist auf Ansprechpersonen, die helfen können. Für andere, die ob der neuen Situationen gestresst sind, gilt: In den ersten Semestern ist jeder Studiengang verwirrend, doch sobald man die anfänglichen Unklarheiten überstanden hat, wird es im Regelfall entspannter und man kann sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Lucia* (22) studiert im fünften Semester Architektur und sie meint: „Die ersten beiden Semester waren für mich anstrengende Eingewöhnungszeit. In dem Zeitraum war ich mir gar nicht sicher, ob ich die richtige Wahl getroffen habe und war auch sehr unglücklich mit dem Studienlehrplan. Mittlerweile liebe ich mein Architektur-Studium, arbeite bereits in der Branche und schließe den Bachelor demnächst ab. Mein Tipp ist also zwei Semester durchzuhalten, bevor man voreilig das Studium schmeißt“. Lucias Zwei-Semester-The-



Foto: Iris Strasser

orie fordert zwar die oben erwähnten Voraussetzungen für den Erhalt der Familienbeihilfe heraus, aber: no risk – no fun.

UNDERCOVER ODER COMMUNITY BUILDING? In großen universitären Netzwerken, wie Wien eines ist, ist vollkommene Anonymität möglich. So kann man sich getrost hinter der eigenen Matrikelnummer verstecken und kaum Privates nach außen tragen, wenn man das möchte. Wer sich allerdings beim Betreten des Hörsaales nicht die Schirmkappe tiefer vor das Gesicht rückt, sondern lieber nach Bekannten Ausschau hält, könnte auch an freiwilligen Angeboten der Uni Interesse finden. An jeder Universität gibt es einen Kreis Motivierter, die zum Beispiel die Institutszeitung befüllen, Diskussionsrunden organisieren oder ein eigenes Projekt ins Leben rufen. Neben dem Aufbau einer Community stärkt das auch den Bezug zur Praxis, deren Fehlen gegenüber stark praxisbezogener Fachhochschulen an der Universität bemängelt wird.

ERASMUS+ „Erasmus-Teilnahme fördert Jobchancen“, titelt unter anderem die Süddeutsche Zeitung und verweist auf eine Studie der Brüsseler EU-Kommission. Die „Erasmus+ Higher Education Impact Study“ wurde im Mai 2019 veröffentlicht und befragte rund 77.000 Studierende und Hochschulmitarbeiter_innen, die im Zeitraum von 2014 bis

2018 ein Lehr- oder Lernprogramm in Anspruch nahmen. Dieser Studie zufolge wurden 80% aller befragten Erasmuseteilnehmer_innen bei der Jobsuche nach Abschluss des Studiums bereits innerhalb von drei Monaten fündig. 72% gaben an, durch die Erasmus+ Teilnahme „große Vorteile“ bei der Jobsuche gehabt zu haben. Außerdem fiel ihnen die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen mit anderen Kulturen leichter und neben anderen gewonnenen Kompetenzen wurden die Befragten aus eigenen Angaben auch selbstbewusster. Fast die Hälfte der Absolvent_innen, die ihren ersten Job im Ausland angenommen haben, bekamen diesen im gleichen Land in dem sie ihre Erasmus+ Erfahrung gemacht haben. Eine gute Möglichkeit also für alle, die bereits ein Auge auf ein bestimmtes Branchengebiet oder ein Unternehmen geworfen haben. Wer nicht die Karriere, sondern Spaß und persönliche Entwicklung in den Vordergrund stellen möchte (oder die Frist verpasst hat), kann sich auch für Restplätze bewerben und das Schicksal entscheiden lassen. Es wird empfohlen, erst ab dem dritten Semester einen Auslandsaufenthalt zu machen, doch die Planung sollte mindestens zwei Semester vor regulärem Reiseantritt starten. Vor allem im Hinblick auf Bewerbungsfristen, einzureichende Sprachnachweise und die Suche nach passenden ECTS, die den eigenen Studienplan ergänzen, ist zeitgerechte Organisation ein Muss. Conclusio? Geht ins Ausland und stresst

euch nicht, das Studium in Mindeststudienzeit fertigzumachen.

Apropos Mindeststudienzeit: Laut Statistik Austria schließt der Großteil der Studierenden das Bachelorstudium zwischen dem 23. und 25. Lebensjahr ab. Kein Grund zur Sorge also, falls man das Auslandssemester verlängern möchte, das ist nämlich möglich, wenn man im Wintersemester begonnen hat. Die statistischen Ausreißer_innen kommen aus der Generation unserer Eltern. Bei den 40- bis 49-jährigen steigt die Zahl der Erstabschlüsse nämlich noch einmal an. Es ist demnach nie zu spät, einen Hochschulabschluss in Angriff zu nehmen.

NEGATIVBEISPIEL MIT POSITIVER QUINTESSENZ. In der Regel steigt man spätestens nach Austritt aus dem (Hoch-)Schulsystem als vollwertige Kraft in den Arbeitsmarkt ein und ist somit Teil der Auswertung des Arbeitsmarktservices (AMS), wie der von November 2018. Es wurden arbeitslose Akademiker_innen nach abgeschlossenem Studium eingeteilt und in absoluten Zahlen erfasst. Dieser Vorgang ergab folgende Daten: Theaterwissenschaft 204, Lehramt 625, Architektur 688, Medizin 716, Rechtswissenschaften 1.114, Betriebswirtschaft 1.606 und Naturwissenschaften mit 2.333 Arbeitssuchende. Alle Nebenfaktoren bewusst außer Acht gelassen, erschließt sich aus diesen Zahlen eine motivierende Schlussfolgerung:

Mit keinem gängigen Studium ist dir ein Arbeitsplatz in der jeweiligen Branche sicher. Doch hat man mit Sicherheit nach jedem abgeschlossenen Bachelor die Chance auf einen Job im studierten Arbeitsgebiet.

NUR TOTE FISCHE SCHWIMMEN MIT DEM STROM. Eine kleine Umfrage von Bitkom, dem Digitalverband Deutschland, in der 503 Geschäftsführer_innen und Vorstandsmitglieder zu Social-Media-Auftritt und Online-Werbung befragt wurden, bestärkt den positiven Einfluss der Digitalisierung. 75% der Befragten sehen Potenzial, via Social Media Kund_innenakquise und -service zu verbessern. Immer mehr Unternehmen setzen auf günstige Online-Werbung in den sozialen Netzwerken, sei es mittels Influencer_innen, klassischen Werbeschaltungen oder Online-Kampagnen. Eine neue Branche entsteht und den Generationen Y-Z kommt sie zugute. Keine Gruppe ist so intensiv mit sozialen Medien und deren Wirkung vertraut wie die Millennials, welche nun die besten Voraussetzungen haben, neue Jobs zu forcieren. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom und der Strom ist in diesem Fall ein verrosteter Arbeitsmarkt.

**Namen von der Autorin geändert.*

Iris Strasser studiert Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.



Foto: Felix Zangerl

Wohnst du noch oder studierst du schon?

Autotür zu, winken und weg. Tschau Mama und Papa – rein ins eigene Leben, in die eigenen vier Wände, weg von Zuhause. Kann ich mir das leisten? Warum ist Wohnen überhaupt so teuer?

Das Thema Wohnen ist in aller Munde. Spätestens seit sich in Berlin tausende Menschen auf den Straßen versammelten, um gegen den drakonischen Wohnungsmarkt zu protestieren, kann nicht länger weggesehen werden: Soll das sogenannte Betongold wirklich Wertanlage oder Spekulationsmittel sein?

In Österreich liegt die Situation noch nicht derart im Argen wie in Deutschland. Staatlicher sozialer Wohnbau, der sich Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte (und nicht veräußert wurde), bedeutet für tausende von Menschen ein Leben in leistbaren, sauberen und hellen Wohnungen. Der staatliche Wohnbau wird noch ergänzt durch ein Angebot an geförderten Genossenschaftswohnungen. Allerdings ist zweifelhaft, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, die individuelle finanzielle Belastung durch Wohnkosten bei stagnierenden oder gar sinkenden Einkommen auszugleichen.

Etlche Faktoren treiben Wohnkosten spätestens seit den 2000ern rasant in die Höhe: Das Mietrechtsgesetz (MRG) etwa – in seinem Verständnis ein Mieter_innenschutzgesetz – verliert nach und nach an Wirkungsmacht, immer weniger Wohnungen fallen als „Altbauten“ in die Vollenwendung des Gesetzes, inklusive des so wesentlichen Mietzinsrichtwerts. Gleichzeitig werden nach und nach Ausnahmen geschaffen, welche weitere Umgehungen (z.B. bei Dachausbauten) erlauben. Befristete Mietverträge – und mit ihnen immer kürzere Zyklen bis zur nächsten Mietzinserhöhung bei der erneuten Vertragsschließung – sind immer mehr an der Tagesordnung. Häufig sind Mieter_innen dem Diktat der Vermieter_innen ausgeliefert. Wer will schon das Dach über dem Kopf aufs Spiel setzen? Etlche Wohnungen stehen als Wertanlagen ungenutzt frei oder werden zum Zweck der touristischen Kurzzeitvermietung vom langfristigen Wohnungsmarkt genommen. In fast allen Bereichen der Wohnpolitik zehren wir von Errungenschaften vergangener Jahrzehnte. Die dargelegte Situation macht deutlich, dass es neue Konzepte und Ideen braucht.

WOHNEN UND STUDIERENDE. Rund 60% der unter 21-jährigen Studierende können sich ein Leben außerhalb des Elternhaushaltes leisten – was natürlich dementsprechend hohe Lebenshaltungskosten nach sich zieht. Vor allem in den ersten Jahren nach der Schule liegt der Prozentsatz des monatlichen Budgets, den Studierende für die eigenen vier Wände ausgeben, bei knapp 60% – dabei sollten nicht mehr als 30% des Einkommens für Wohnkosten ausgegeben werden müssen, um prekäre finanzielle Situationen zu vermeiden.

Für Studierende bedeutet dies mitunter, dass die Wahl des Studiums – oder überhaupt die Entscheidung zwischen Universität und unmittelbarem Eintritt in die Arbeitswelt – davon abhängig gemacht werden muss, ob ein eigener Haushalt, sei es in einer WG, in einem Heim oder in einer eigenen Mietwohnung verwirklichtbar ist.

TRAUTES HEIM. Gerade im Bereich der Studierendenwohnheime, die dem wichtigen Grundgedanken folgen, niederschwellige wie auch leistbare Wohnangebote in einer fremden Stadt zu ermöglichen, zeichnet sich seit Wegfall der staatlichen Förderungen seit 2011 ein düsteres Bild ab. Notwendige, nun nicht mehr zu finanzierende Sanierungen und das Eindringen gewinnorientierter Privater in diesen Sektor studentischen Wohnens hat jedenfalls nicht zu einer Verbesserung der Situation geführt, im Gegenteil: Unter dem Mantel von Exklusivität wurden mehrheitlich Immobilien im Sinne von Investor_inneninteressen geschaffen, das Prinzip der Gemeinnützigkeit von Heimbetreiber_innen, welches lange Zeit bestimmend für diesen Sektor war, verschwindet. Die unleistbaren Heimpreise bleiben.

Wohnkosten stellen einen bedenklichen Faktor sozialer Selektion dar. Wohnen ist ein Grundrecht – nicht Luxus. Es muss allen Menschen möglich sein, selbstbestimmt leben und wohnen zu können. Welche Maßnahmen könnten getroffen werden? Wie hat sich studentisches Wohnen im Lauf der Zeit entwickelt? Können wir

daraus Ideen für heute und morgen mitnehmen? Begib dich in der nächsten Ausgabe gemeinsam mit uns auf die Suche nach möglichen Lösungsansätzen!

Marlene Kohlberger studiert Raumplanung an der TU Wien. Christoph Haill studiert Geschichte an der Universität Wien. Beide sind Teil des Sozialreferates der ÖH Bundesvertretung.

Info

HOUSING FOR ALL. Die europäische Bürger_innen-Initiative „Housing for All“ setzt sich EU-weit für bessere Rahmenbedingungen im sozialen Wohnbau ein. Aufgrund ausbleibender öffentlicher Finanzierung wird Wohnen immer mehr zur finanziellen Belastung, für einige zu unleistbarem Luxus. Das muss sich ändern!

Wir unterstützen die EU-Bürger_innen-Initiative, schließ auch du dich an!
www.housingforall.eu



VERANSTALTUNGS-REIHE. Das Sozialreferat der ÖH-Bundesvertretung will in diesem Studienjahr unter anderem einen Schwerpunkt auf das Thema Wohnen legen. Neben der Artikelserie im Progress veranstalten wir an unterschiedlichen Hochschulstandorten eine Vortragsreihe.

Du stehst kurz vor dem Einzug in deine eigenen vier Wände? Hol dir wertvolle Tipps in unserer Broschüre „Studieren und Wohnen“. Für weitere Infos schau auf dem Profil der ÖH auf Facebook oder Instagram vorbei.



Wie wir wohnen wollen!



Foto: Iris Strasser

Kenne deine Rechte

Studieren in Österreich geht mit einigen interessanten Rechten und Pflichten einher – ein Überblick.

Am Anfang und während des Studiums mag es fremd erscheinen, sich mit rechtlichen Belangen auseinanderzusetzen. Allerdings kann rechtliches Wissen in vielen Situationen hilfreich sein, zum Beispiel, wenn negative Prüfungen passieren, ein Studienwechsel in Betracht gezogen wird oder man Gründe für eine Beurteilung erfahren will. Dieser Artikel soll einen kurzen Überblick über öffentliche Universitäten, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen geben; Privatuniversitäten haben dagegen kaum gesetzliche Regelungen.

ÖFFENTLICHE UNIVERSITÄTEN.

Es können fünf verschiedene ordentliche Studienarten angeboten werden, das sind Bachelor-, Master-, Diplom-, Doktorats- und Erweiterungsstudien. Jedes angebotene Studium basiert auf einem Curriculum. Wir empfehlen dir, dich im Laufe deines Studiums einmal mit dem eigenen Curriculum auseinanderzusetzen – oft kommen interessante Wahlmöglichkeiten, Prüfungsmodalitäten und Anerkennungen vor. Auch Inhalte der Abschlussprüfung, so vorhanden, werden dort geregelt. Welche Typen von Lehrveranstaltungen existieren wird je nach Universität entweder in der Satzung oder im Curriculum selbst festgelegt.

WIE FUNKTIONIERT DIE BEURTEILUNG VON LEISTUNGEN?

Die maßgeblichen Paragraphen legen hier das österreichische Schulnotensystem (Sehr gut, 1, bis Nicht Genügend, 5) fest, Zwischenbeurteilungen sind nicht möglich, ersatzweise aber „mit/ohne

Erfolg teilgenommen“. Positiv absolvierte Prüfungen können genau einmal in zwölf Monaten, negativ absolvierte Prüfungen mindestens dreimal wiederholt werden. Viele Satzungen erlauben auch eine zusätzliche vierte Wiederholung: die Uni Innsbruck, Meduni Wien, Meduni Graz, TU Wien, TU Graz, Montanuni Leoben, WU Wien, Bildende Künste Wien, teilweise auch die JKU Linz und Vetmeduni Wien.

WAS PASSIERT, WENN ICH DEN LETZTEN PRÜFUNGSANTRITT NICHT BESTEHE?

Nach der letzten negativen Beurteilung erlischt die Zulassung zum Studium! Handelt es sich um eine Lehrveranstaltung aus der Studieneingangs- und Orientierungsphase, kann man sich nach einem Jahr wieder zulassen und hat die volle Anzahl an Prüfungswiederholungen zur Verfügung, bei allen anderen heißt das leider, dass man Studien, in denen die negativ absolvierte Lehrveranstaltung verpflichtend vorgesehen ist, nicht mehr absolvieren kann.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN:

Seit der Einführung der Lehramtsverbände hat sich das Studienrecht stark dem von Universitäten angenähert, wobei die Inhalte der Studien im Hinblick auf die Lehrer_innen-Ausbildung stärker festgelegt sind. Angeboten werden nur Diplom-, Bachelor- und Masterstudien.

FACHHOCHSCHULEN sind ein weiteres interessantes Gebiet: Im Gegensatz zu öffentlichen Universitäten

geht man mit dem Studium hier einen privatrechtlichen Ausbildungsvertrag ein, bei dem die ÖH leider von einigen Problemen zu berichten weiß. Während Aufnahmeverfahren an Universitäten nur teilweise umgesetzt werden, sind sie an Fachhochschulen fast überall Usus. Auch werden Fachhochschulen in der Regel bis zu 363,36€ Studienbeitrag pro Semester einheben. Anwesenheitspflicht ist die Regel, aber auch Studienabschlüsse in Mindeststudienzeit – nach diesem Kriterium haben sich Curricula und Prüfungen zu richten.

ANERKENNUNG VON LEISTUNGEN.

Fachhochschulen, Universitäten und pädagogischen Hochschulen gemein sind Regeln zur Anerkennung von Leistungen. Wechselst du beispielsweise das Studium, kann es oft vorkommen, dass diverse Lehrveranstaltungen gleichwertig sind – hier kannst du dich an das zuständige studienrechtliche Organ, also die Studiengangsleitung, das Studiendekanat oder eine ähnliche Institution wenden und vermeiden, dass du dich über diese Kenntnisse erneut prüfen lassen musst. Im Zweifel schadet auch Nachfragen bei der Studienvertretung nicht.

Auf Universitäten, Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen gilt für sechs Monate Einsichtsrecht in Prüfungsprotokoll und Unterlagen, es dürfen auch Kopien davon gemacht werden (mit Ausnahme von Multiple-Choice Prüfungen, die dürfen nur an FHs kopiert werden). Wir empfehlen dir, dieses Recht auch

wahrzunehmen – zumindest erfährst du so, was du bei späteren Prüfungen besser machen kannst.

Interessant wird es bei gemeinsam eingerichteten Studien, wie sie theoretisch zwischen allen Hochschulformen organisiert werden können: Hier können die Rektorate gemeinsam festlegen, welche studienrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung kommen. In der Praxis begegnet man dieser Form beispielsweise in den Lehramtsverbänden oder dem Kooperationsprojekt NAWI-Graz. Des Weiteren können mit internationalen Partnerhochschulen sogenannte joint, double und multiple degrees eingerichtet werden, typischerweise verbringt man dann Teile des Studiums an einer anderen Hochschule im Ausland.

Robert Schwarzl (25) studiert Technical Physics in Graz und ist in der ÖH-Bundesvertretung und der HTU Graz im Referat für Bildungspolitik.

Rechtsgrundlagen

- Universitäten: Universitätsgesetz (UG), Universitäts-Finanzierungsverordnung (UniFinV)
- Fachhochschulen: Fachhochschul-Studiengesetz (FHStG)
- Pädagogische Hochschulen: Hochschulgesetz (HG)
- Privatuniversitäten: Privatuniversitätengesetz (PUG)
- Akkreditierungsverfahren: Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz (HS-QSG)



Queer an Hochschulen

Das queer-Referat gibt einen Überblick über das Leben von queer Personen und queerpolitische Ziele.

Queer [ˈkwɪə(ɹ)] bedeutet, von der Norm abzuweichen. Ursprünglich wurde das Wort benutzt, um Personen zu beschimpfen und abzuwerten, es wurde allerdings einer politischen Neubewertung unterzogen und positiv besetzt (engl. reclaiming).

DAS QUEER SPEKTRUM. Im queer Spektrum finden lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, intergeschlechtliche, asexuelle, pansexuelle u.v.m. Personen Platz. Auch Polyamorie und BDSM können Teil des LGBTIQ*-Spektrums sein. Wichtig ist dabei die Selbstdefinition – wer sich nicht zugehörig fühlt, darf nicht zugeordnet werden.

Man verwendet den Begriff Spektrum, da keine Orientierung und Identität absolute Grenzen hat. Jede Person ist einzigartig – und das ist gut so!

Es gibt viele verschiedene sexuelle Orientierungen, Geschlechtsidentitäten, Sexualpraktiken und Beziehungsmodelle, die heute noch nicht so akzeptiert werden, wie wir es für das Jahr 2019 erwarten würden. Sie haben gemeinsam, dass vollständige Gleichstellung und Gleichbehandlung in der Gesellschaft noch nicht erreicht sind und sie in unterschiedlichem Maße Ziel von Diskriminierungen sind.

Diese Ungleichbehandlungen reichen von verwunderten Blicken nach einem Outing über psychische und physische Gewalt bis hin zu rechtlicher Schlechterstellung aufgrund der Abweichung vom heteronormativen Weltbild mit seiner Zweigeschlechtlichkeit.

Zum Beispiel existiert in Österreich noch immer das Blutspendeverbot für Männer*, die Sex mit Männern* haben. In Deutschland ist man einen Schritt weiter: Seit August 2017 dürfen Männer*, die Sex mit Männern* haben, Blut spenden, wenn sie innerhalb der letzten zwölf Monate keinen Sex mit Männern* hatten. Begründet wird der (temporäre) Ausschluss u.a. damit, dass ein höheres Infektionsrisiko vorliege, unabhängig davon, wie monogam oder verantwortungsvoll die betroffene Person ihr Sexualleben gestaltet. Das Ende der Diskriminierung sehen wir dort, wo Risikoverhalten bewertet wird und nicht sexuelle Orientierung.

BINARY IS FOR COMPUTERS. Eine Angelegenheit, der sich das queer_Referat der ÖH Bundesvertretung widmet, ist die Implementierung des dritten Geschlechts an Hochschulen. Obwohl der Verfassungsgerichtshof das Fehlen einer dritten Geschlechtsoption am 15. Juni 2018 als verfassungswidrig eingestuft hat, haben bisher nur wenige Institutionen darauf reagiert. Als queer_Referat sehen wir es als unsere Aufgabe, dieses Recht für Studierende an Universitäten und Fachhochschulen einzufordern.

Dieses von Art 8 Abs 1 EMRK gewährleistete Recht auf individuelle Geschlechtsidentität umfasst auch, dass Menschen – nach Maßgabe des Abs 2 dieser Verfassungsbestimmung – (nur) jene Geschlechtszuschreibungen durch staatliche Regelung akzeptieren müssen, die ihrer Geschlechtsidentität entsprechen.

Menschen außerhalb der Mann-Frau-Dichotomie wurde dieses Recht bis zum erfochtenen Urteil von Alex Jürgen verwehrt. Daraufhin wurde neben „männlich“ und „weiblich“ eine dritte Option namens „divers“ eingeführt. Derzeit ist der Geschlechtsantrag „divers“ im Personenstandsregister allerdings nur mit einem invasiven medizinischen Gutachten möglich, in dem „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ – besser bekannt als Intergeschlechtlichkeit – nachgewiesen wurden. Die Diagnose „inter*“ sagt jedoch nichts über die Geschlechtsidentität eines Menschen aus. Die meisten inter* Personen ordnen sich, wie die Mehrheit der endo Menschen (Menschen, deren angeborene genetische/anatomische/hormonelle Geschlechtsmerkmale den Geschlechternormen von Frau* oder Mann* entsprechen), einem binären Geschlecht zu und wünschen, als Frau* oder Mann* angesprochen zu werden.

Menschen, die tatsächlich von der dritten Geschlechtseintragung Gebrauch machen möchten, bezeichnen sich häufig als „nicht-binär“. Der Großteil der nicht-binären Menschen verfügt über Geschlechtsmerkmale, die dem weiblichen* oder männlichen* Geschlecht zugeteilt werden und fällt somit nicht unter die medizinische Definition von Intergeschlechtlichkeit. „Nicht-binär“ bezieht sich auf die Geschlechtsidentität eines Menschen – nicht auf den Körper. Sowohl endo als auch inter* Personen können eine Geschlechtsidentität haben, die außerhalb der Zweigeschlechternorm liegt.

Da dieser Sachverhalt im Rechtswesen bisher übergangen und nicht-binäre endo Personen somit benachteiligt wurden, arbeiten wir aktuell an Handlungsstrategien, damit die Implementierung des dritten Geschlechts im besten Sinne der LGBTIQ*-Studierenden verläuft. Studierenden soll die Möglichkeit gegeben werden, ihren Namen und ihr Gender unabhängig von den Daten im Personenstandsregister eintragen zu können, um an ihrer Universität oder Fachhochschule korrekt adressiert zu werden.

Als queer_Referat der ÖH-Bundesvertretung setzen wir uns für queer Studierende an österreichischen Hochschulen ein, unterstützen Hochschulvertretungen bei ihrer Arbeit und treiben gesellschaftlichen Wandel voran, indem wir auf Missstände aufmerksam machen und in verschiedenen Gremien mitreden, um einen diversen Diskurs in vielen Bereichen zu ermöglichen.

Sarah S. Schindlbacher studiert Molekularbiologie. Manuel Götzendorfer studiert Deutsche Philologie. Sie betreuen zusammen das queer_Referat der ÖH Bundesvertretung.

Info:
Genderstern: Hinter manchen Wörtern befindet sich ein Stern (Frau, männlich*, inter*, trans*). Er steht für alle Personen, die sich mit dem jeweiligen Begriff identifizieren und dient dazu, die Diversität innerhalb der Gruppen sichtbar zu machen.*



Foto: Felix Zangerl

Lust auf ein Semester im Ausland?

Dann bist du beim Referat für Internationale Beziehungen genau an der richtigen Stelle.

Ein Auslandsaufenthalt ist deine Chance, deinen Bildungshorizont zu erweitern, aufregende Erfahrungen an einer Hochschule im Ausland zu machen und mit anderen Menschen und Kulturen in Kontakt zu kommen. Möglichkeiten, für ein oder mehrere Semester im Ausland zu studieren, gibt es jede Menge und das Angebot wird laufend größer. Um deine Auslandserfahrung in dein Studium zu integrieren, ist eine gute und vor allem rechtzeitige Planung des öfters etwas langwierigen und leider sehr bürokratischen Unterfangens unbedingt notwendig.

Die Chance in das gewünschte Land zu fahren und dort zu studieren ist prinzipiell für alle Studierende gegeben, jedoch sind einige Faktoren maßgeblich dafür, ob du das Stipendium oder den Programmplatz an deiner gewünschten Hochschule und in dem gewünschten Zeitraum bekommst. Je eher und je ausgiebiger du dich über sämtliche Möglichkeiten informierst und je früher du dich für ein konkretes Austauschprogramm bewirbst, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass dein Plan aufgeht.

Das bedeutet, dass du so früh wie möglich mit der Planung deines Auslandsaufenthaltes beginnen solltest. Auch auf die finanzielle Situation solltest du achten, denn die ausgegebenen Stipendien dienen meist nur als Zuschuss zu den oft erhöhten Lebenshaltungskosten im Ausland und decken daher nicht deine gesamten Kosten ab. Es müssen neben Kosten für Wohnen, Transport und Studium auch etwaige Kosten für Versicherungen, Verwaltungstätigkeiten und andere Gebühren beachtet werden. Dies stellt Studierende in teuren Ländern oft vor Probleme.

Bevor du nun die tatsächliche Organisation deines Auslandsaufenthaltes beginnst, solltest du folgende Fragen klären:

- Wo will ich hin? In welches Land und an welche Hochschule?
- Wird mein Wunschstudium an meiner gewählten Hochschule angeboten?
- Gibt es Austauschprogramme zwischen meiner

Heimathochschule und der Zielhochschule (z.B. ERASMUS+, Joint Study, etc.) oder muss ich meinen Auslandsaufenthalt selber organisieren?

- Was sind die Voraussetzungen für die Bewerbung? Erfülle ich diese?
- Welche Fristen gelten für die Bewerbung?
- Welche Übereinstimmungen gibt es im Studienplan? Welche Lehrveranstaltungen können angerechnet werden?
- Wie kann ich mir meinen Aufenthalt finanzieren? Gibt es Stipendien? Muss ich Studiengebühren zahlen?
- Welche Sprachvoraussetzungen werden verlangt? Muss ich vor der Bewerbung/Abreise einen Sprachkurs machen? Sind meine Sprachzertifikate aktuell?
- Wann sind die Anmeldefristen für Studierendenheimen? Welche Möglichkeiten für die Wohnungssuche gibt es im Zielland?
- Bin ich im Ausland versichert oder brauche ich eine Zusatzversicherung?

Nun stellt sich noch die Frage: Welche Austauschprogramme gibt es denn eigentlich? Wir geben dir einen kurzen Überblick über die wichtigsten derzeit bestehenden Programme.

ERASMUS+ ist das größte Austauschprogramm der Europäischen Union. Die Programminitiative hat sich zum Ziel gesetzt, die Qualität der Hochschulbildung zu verbessern, transnationale Zusammenarbeit zwischen Hochschulen auszubauen und eine erhöhte Mobilität für Studierende und auch Lehrende zu ermöglichen. Mit ERASMUS+ hast du die Möglichkeit, drei bis zwölf Monate an einer europäischen Hochschule zu verbringen. Deine im Ausland erbrachten Studienleistungen werden an deiner Heimathochschule im Voraus angerechnet. Zusätzlich bist du für die Dauer deines Aufenthaltes an deiner Ziel- und Heimathochschule von Studiengebühren befreit. Weitere Informationen zu ERASMUS+ findest du unter www.bildung.erasmusplus.at.

CEEPUS - CENTRAL EUROPEAN EXCHANGE PROGRAM FOR UNIVERSITY STUDIES – ist ein Austausch- und Stipendienprogramm, mit dem Stu-

dierende mit Staatsbürger_innenschaft eines CEEPUS-Mitgliedstaates oder eines EU-/EWR-Staates an einer Hochschule in Zentraleuropa studieren können. Weitere Informationen findest du unter www.ceepus.info.

JOINT STUDY-PROGRAMME sind bilaterale Abkommen zwischen einer österreichischen und einer ausländischen Hochschule, wo du die Möglichkeit hast, ein oder zwei Semester an dieser Hochschule zu studieren.

Neben der beratenden Tätigkeit für die Planung und Organisation von Auslandsaufenthalten dient das Referat für Internationale Beziehungen unter Leitung von Antonio Nedic auch als Interessensvertretung von österreichischen Studierenden in internationalen Gremien und Arbeitsgemeinschaften. Dies beinhaltet vor allem die Mitarbeit an Entwicklungen bezüglich des Bolognaprozesses und dem Ausbau des Erasmusprogramms. Wir arbeiten aus diesem Grund auch mit der European Students' Union (ESU) eng zusammen, um das Studieren an den Hochschulen Europas so angenehm wie möglich zu machen.

Die ESU ist ein Verband aus 45 Mitgliedsinstitutionen aus 38 Ländern und vertritt mehr als 11 Millionen Studierende auf europäischer Ebene. Das Ziel der ESU ist die Vertretung und die Förderung von bildungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Studierender in der Europäischen Union sowie die Vernetzung mit anderen internationalen Institutionen.

Haben wir dein Interesse geweckt? Hast du noch weitere Fragen? Schreib uns eine E-Mail an internationales@oeh.ac.at oder komm (mit Voranmeldung) bei unserem Büro in der Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien vorbei.

Viel Spaß und Erfolg bei deinem Auslandsaufenthalt wünscht dir das Referat für Internationale Beziehungen!

Nicklas Gattringer studiert Bauingenieurwissenschaften an der TU Graz. Er ist Teil des Referat für internationale Angelegenheiten.



FORDERUNGSKATALOG

HOCHSCHULE

SOZIALES

KLIMA

den ganzen
Forderungskatalog
findest du auf
unserer Homepage

oeh.ac.at/news/forderungskatalog

UNSERE FORDERUNGEN

– an die seit 01. Oktober 2019 im Nationalrat vertretenen Parteien

Die Situation von Studierenden hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig verschlechtert – von der Situation in den Hörsälen über die Wohnkosten bis zur Wiedereinführung von Studienbeiträgen. Wir fordern einen progressiven Richtungswechsel in der gesamten Bildungspolitik.

Wir fordern:

- » weiterhin ein eigenständiges Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, weil Bildung gesamtheitlich gedacht werden muss - vom Kindergarten bis zur Hochschule.
- » die Erhöhung der Hochschulquote auf 2.0% des Bruttoinlandsproduktes – wir brauchen das Geld für Forschung und Hochschulbildung.



An der **HOCHSCHULE** wollen wir mehr mitbestimmen, wir wollen unser Studium gestalten – und wir wollen Barrieren abbauen, die vielen das Studium erschweren

Wir fordern:

- » die Wiedereinführung der Drittelparität in Gremien an den Hochschulen – die größte Gruppe an den Hochschulen hat das Recht auf Mitsprache.
- » mehr Wahlfreiheit im Studium und Abschaffung der Voraussetzungsketten – Hochschulen müssen Menschen zu selbstständigem und kritischem Denken anregen.
- » die Schaffung ausreichend kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen für Studierende mit Kind(ern) im Umkreis aller Hochschulen – der Staat muss Betreuungspflichten übernehmen.



Die **SOZIALE SITUATION** von Student_innen muss sich verbessern – damit der freie und offene Hochschulzugang Wirklichkeit wird

Wir fordern:

- » die Abschaffung bestehender und keine Schaffung neuer Zugangsbeschränkungen – sie führen nur zu sozialer Selektion und Verdrängungseffekten in fachnahen Studien!
- » die Abschaffung der Studienbeiträge – der Staat ist für die Finanzierung der Hochschulen zuständig! Insbesondere die doppelten Studienbeitrag für Drittstaatsangehörige sind diskriminierend und gehören abgeschafft.
- » die gesetzlich verpflichtete Bezahlung aller Pflichtpraktika – Arbeit muss bezahlt werden!



UMWELT UND KLIMA müssen geschützt werden. Wir fordern Antworten auf die Klimakrise von den Hochschulen – und zwar jetzt!

Wir fordern:

- » den Ausbau des pflanzlichen und ökologischen Mensaangebots statt umweltschädlicher, tierischer Produkte – für eine klimaschonende Ernährung.
- » ein leistbares österreichweites Ticket für den öffentlichen Verkehr um € 360,- pro Jahr – das schont die Umwelt und das Geldbörsel.
- » die gesetzliche Verankerung der Klimakrise in Forschung & Lehre – weil sie uns alle etwas angeht.



**WISSENSCHAFT
UND POLITIK**

„Ich will nach Hause. Wann ist das möglich?“

Kutupalong in Bangladesch ist das größte Flüchtlingslager der Welt. Hier leben rund 600.000 verfolgte Rohingya. Drei Berichte aus dem Camp.

AUGUST 2017: Mehr als 700.000 Rohingya, Angehörige einer ethnischen Minderheit in Myanmar, flüchten innerhalb weniger Wochen nach Bangladesch. Auslöser ist die flächendeckende Gewalt des myanmarischen Militärs, nachdem aufständische Rohingya Polizeiposten angegriffen haben. Soldaten brennen Dörfer nieder, sie morden und vergewaltigen willkürlich. Tausende Menschen sterben. Die Vereinten Nationen sprechen von „ethnischen Säuberungen“, es gebe klare Anzeichen eines „beabsichtigten Völkermords“. Damals, vor zwei Jahren, erlangten die Rohingya traurige Bekanntheit als eine der meistverfolgten Volksgruppen der Welt.

Die Rohingya sind eine vorwiegend muslimische Minderheit, die in der Region Rakhine im Westen Myanmars lebt. Der mehrheitlich buddhistische Staat erkennt sie aber nicht als Staatsbürger_innen an und bezeichnet sie als „illegale Migrant_innen aus Bangladesch“, obwohl die Rohingya mindestens seit der britischen Kolonialzeit im Land leben. Seit Jahrzehnten werden Angehörige der Rohingya diskriminiert: Gewalt gehöre zu ihren Alltagserfahrungen, sagt der Kultur- und Sozialanthropologe Nasir Uddin. Als im Jahr 1982 das burmesische Staatsbürger_innenschaftsgesetz verabschiedet wurde, erkannte es 135 Ethnien an – nicht aber die Rohingya. Der Autor Azeem Ibrahim argumentiert, dass die Rohingya ein praktisches Feindbild boten, als der „burmesische Weg in den Sozialismus“ scheiterte und das Land verarmte.

BEREITS AB DEM JAHR 1978 KAM ES ZU MEHREREN MASSENFLUCHTBEWEGUNGEN AUS BURMA INS BENACHBARE BANGLADESCH. „Nach 1978 hieß die lokale Bevölkerung die Rohingya willkommen. Da kamen Menschen in einer Krise und es gab dieses Gefühl, dass alle Teil der gleichen muslimischen Gemeinschaft waren“, sagt Nasir Uddin. „Aber allmählich, während der letzten zwei, drei, vier Jahrzehnte, kamen immer mehr Menschen – und die Lebenssituation für die Einheimischen wurde immer kritischer. Die Belastung stieg“.

Der Kultur- und Sozialanthropologe Nasir Uddin stammt aus der Grenzregion und forscht seit Jahr-

zehnten zu Minderheiten. Er hat hunderte Interviews mit Rohingya-Flüchtlingen geführt. In seinem Buch „The Rohingyas: A Case of ‚Subhuman‘“ legt er seine Analyse dar: Rohingya werden als „Untermenschen“ gesehen. Es gibt für sie keinen Platz in staatlichen Strukturen; in Myanmar haben Rohingya keine Rechte. Bangladesch wiederum erkennt sie nicht als Flüchtlinge an – denn das Land hat die UN-Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet.

In der Region Cox’s Bazar in Südostbangladesch leben heute bis zu 1,3 Millionen Rohingya – mehr als in ihrer ursprünglichen Heimat. Allein im Flüchtlingslager Kutupalong sind rund 600.000 Menschen untergebracht. Sie sind abhängig von der Versorgung durch Hilfsorganisationen. 920 Millionen US-Dollar waren nötig, um die humanitäre Krise alleine 2019 zu bewältigen. So steht es im Gemeinsamen Aktionsplan der Internationalen Organisation für Migration, des UN-Flüchtlingshilfswerks und des Welternährungsprogramms. In den Aktionsplan ist die einheimische Bevölkerung integriert: Hilfsorganisationen sollen nicht nur in Flüchtlingslagern tätig werden, sondern einen Teil ihres Budgets bereitstellen für Projekte, die



der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Das soll Konflikte vermeiden.

Gleichzeitig will die Regierung von Bangladesch zehntausende Rohingya auf eine entlegene Insel umsiedeln. Auf Bhasan Char im Indischen Ozean wurden bereits Behausungen für rund 250 Millionen Euro errichtet. Menschenrechtsexpert_innen sind schon länger alarmiert, denn die Insel gilt als unbewohnbar. Satellitenbilder zeigen, dass sich ihre Form und Größe verändert haben. Basar Char, auf Bengali „schwimmende Insel“, besteht aus abgelagerten Sedimenten. In der gesamten Region kommt es während der Monsunzeit immer wieder zu Überschwemmungen. Arbeiter_innen haben auf der Insel zwar Flutbarrieren errichtet, Flüchtlingshelfer_innen sind aber skeptisch, ob diese halten. „Verfolgte und traumatisierte Menschen einfach auf Bhasan Char abzuladen, wo ihr Leben erneut in Gefahr ist, das ist keine Lösung“, schrieb Brad Adams von Human Rights Watch Asia in einem Kommentar. Schon 2017 bezeichnete er den Plan als „grausam“ und „nicht umsetzbar“. Maung Maung Soe, eine 23-jährige Rohingya, sagte dem australischen Sender ABC: „Bhasan Char wird wie ein Gefängnis für die Rohingya sein“. Die nächste Siedlung am Festland ist mehr als zwei Stunden mit dem Boot entfernt.

TROTZ DER KRITIK HÄLT DIE REGIERUNG VON BANGLADESCH AN DEM PLAN FEST:

Die Behausungen stehen, Solarzellen sollen Strom liefern, das Trinkwasser über Anlagen, die Regenwasser auffangen, bereitgestellt werden. Regierungsvertreter_innen betonen, dass die Umsiedlung „freiwillig“ erfolgen soll, das ist jedoch fraglich. Die USA möchte, dass zuerst unabhängige Expert_innen die Insel überprüfen. Doch Bangladesch möchte den Umzug der ersten paar tausend Menschen aus den Camps bald starten.

Ziel ist, die riesigen Flüchtlingslager an Land zu entlasten. Das bereits erwähnte Kutupalong ist das mit 600.000 Bewohner_innen größte Camp. Wir haben es im Mai 2019, zu Beginn der Monsunzeit, besucht und mithilfe eines Übersetzers drei Interviewprotokolle erstellt. Wie ist das Leben in Kutupalong? Wie kamen die Geflüchteten nach Bangladesch und wie denken sie über ihre Zukunft?



MINARA, 25 JAHRE: Ich bin ursprünglich aus Baghuna in Myanmar. Es ist eine flache, schöne Gegend, nur in der Ferne, weit von unserem Dorf entfernt, kann man Berge sehen. Meine Familie hatte rund vier Quadratkilometer Land. Wir bauten Reis an und hatten Büffel, Kühe, Ziegen und Hühner. Alles mussten wir zurücklassen, als uns das Militär und die Mogs, die ethnischen Buddhist_innen, attackierten. Sie haben meinem Onkel, einem meiner Brüder und einer meiner Schwestern die Kehle durchgeschnitten. Wir rannten ums Überleben – meine Eltern, mein Mann und meine Tochter, vier Geschwister und ich. Im nahe gelegenen Wald versteckten wir uns einen Tag, später sechs oder sieben Tage lang auf einer kleinen Insel im Naf, dem Grenzfluss. In Bangladesch angekommen, lebten wir zuerst in einem Dorf, aber nach ein paar Monaten erlaubte uns das die Regierung nicht mehr. Seitdem leben wir hier im Camp 18. Es ist wahnsinnig heiß, in unserem Dorf in Myanmar war das nicht so. Ich träume davon, eines Tages wieder in mein Land zurückzukönnen. Meine Tochter ist jetzt sieben Jahre alt, sie geht im Camp zur Schule. Sie erzählt mir jeden Tag, was sie erlebt hat. Wie sie Freund_innen trifft und Birmanisch lernt und Englisch und Mathematik. Ich hoffe, dass meine Tochter viel lernt, damit sie später eine Arbeit findet und für sich selbst sorgen kann. Ich selbst kann weder lesen noch schreiben. Ich bin von anderen abhängig. Mein Mann hat mich verlassen, er hat eine einheimische Frau geheiratet. Was die Menschen in Ihrem Land noch über mich wissen sollen? Ich weiß es nicht. Ich bin hoffnungslos. Bisher habe ich mit niemandem über mein Leben gesprochen. Was bringt es schon, ihnen von mir zu erzählen?

SHARIF HOSSAIN, 22 JAHRE: Ich komme aus der Gemeinde Maungdaw, aus dem Dorf Fakira Bazar. Wir Rohingya wurden nicht als Bürger_innen Myanmars gesehen. Wir durften nicht reisen, nicht in die Schule gehen, nicht auf dem Markt einkaufen. In Krankenhäusern wurden wir nicht behandelt. Im August 2017 brannten Soldaten unsere Häuser nieder. Alle 60 Familien meines Dorfes sind geflohen. Ich habe die Gewalt mit eigenen Augen gesehen. Es war ein Albtraum. Vier oder fünf Tage haben wir uns im Wald versteckt, nur Bananen gegessen und die rohen Bananenblätter – es gab kein anderes Essen. Tagsüber haben wir uns im Dschungel versteckt. Richtung Bangladesch gingen wir nachts, um nicht entdeckt zu werden. Viele Tage lang. Meine Frau war während der Flucht schwanger. Mein Sohn, er heißt Mohammad Anos, ist hier im Camp geboren. Die Menschen hier haben mich zum „Maji“ ernannt, so nennen wir den Verantwortlichen einer Gemeinschaft. Wer etwas braucht, kommt zu mir. Ich spreche dann mit der Campleitung und den Hilfsorganisationen. Manchmal gehe ich von Haus zu Haus, löse Konflikte und schaue nach, ob die Kinder in die Schule gehen. Das Leben im Camp? Sehr frustrierend. Wir können es nicht verlassen, das erlauben uns die Behörden in Bangladesch nicht. Manchmal kann ich einer Hilfsorganisation bei Bauarbeiten helfen, dafür kriege ich ein wenig Geld. Aber hier in der Umgebung gibt es keinen Markt, wo ich einkaufen kann. Ich habe auch keinen Gaskocher. Wir müssen deshalb Feuerholz von weit her holen. Jeden Tag wache ich auf und schaue nach Osten. Ich sehe dann die Hügel meines Bundeslands Rakhine in Myanmar. Das macht mich traurig. Ich will wieder in meinem eigenen Land leben. Ich will, dass mein Sohn dort aufwächst.

NURASHA, 50 JAHRE: Unser Leben in Myanmar war sehr gut. Wir hatten so viel Land, bauten hauptsächlich Reis an, aber zur passenden Jahreszeit auch Kartoffeln oder Wassermelonen. Wir waren glücklich. Das ist jetzt ganz anders. Die Soldaten haben Menschen umgebracht und Häuser niedergebrannt. Wir hatten keine Wahl, wir mussten fliehen. Zwei Tage marschierten wir, um hierher nach Bangladesch zu kommen. Dabei hatten wir noch Glück. Andere brauchten 10 Tage, sogar 15 Tage, um über die Grenze zu kommen. Als wir ankamen, gab es nichts. Die Einheimischen unterstützten uns sehr, als noch keine Hilfsorganisation hier war. Mit dem Geld, das wir bei uns hatten, kauften wir Bambusrohre und Planen, um unsere Hütte zu errichten. Jetzt lebe ich hier, auf kleinem Raum, mit meinem Mann und sechs Kindern, das jüngste zehn Jahre alt. Wir können keine Landwirtschaft betreiben wie früher. Ich hole Nahrungsmittel vom Verteilungspunkt im Camp. Die Regenzeit hat jetzt angefangen, ein Erdbeben hat bereits unsere Hütte erwischt. Das macht mir Sorgen. Ich würde die Hütte gerne verstärken, aber ich habe kein Geld für Materialien. Trotzdem bin ich optimistisch. Ich bete zu Gott. Aber egal, wie viel uns Hilfsorganisationen geben, das Leben hier wird nie vergleichbar sein mit dem Leben, das wir in Myanmar hatten. Ich will einfach nur zurück nach Hause. Wissen Sie vielleicht, wann das möglich sein wird?

Text und Fotos: Benjamin Breitegger, Cox's Bazar; Benjamin Breitegger studierte Politikwissenschaft in Wien und arbeitet als freier Mitarbeiter für Ö1.

GEKOMMEN UM ZU BLEIBEN!

Ende Oktober beschlossen einige TU-Studierende, sich dem Raumproblem an der Uni selbst anzunehmen und besetzten das leerstehende Café Nelson`s. Gilles Schneider war dabei.

Ich muss zugeben, dass ich nach diesen fünf Tagen der Besetzung das erste Mal in meinem gesamten Architekturstudium das Gefühl hatte so richtig zu verstehen, was Zeichensaal-Atmosphäre ist. Ich konnte sie richtig spüren. All die Erzählungen von Höhersemestrigern, was Zeichensäle alles können – insbesondere das Zusammenarbeiten und die bedingungslose Unterstützung – schienen mir jetzt greifbar zu sein. Umso größer war der Schmerz, das Gebäude am Mittwoch, den 30. Oktober 2019, wieder verlassen zu müssen.

FREITAGNACHT, 26. OKTOBER. Die Feier, welche seit dem Vorabend stattfindet, klingt langsam aus. Ein paar Studierende stehen noch bei Getränken zusammen. Dabei richtet sich ihr Blick auf den „Luftpavillon“ inmitten des Hof 2 der TU Wien. Das Gebäude, in dem einst das Café Nelson`s untergebracht war, steht nun schon seit zwei Jahren leer. Eine Schande. Kurzerhand treten sie an das Gebäude heran. Die Tür ist nicht verriegelt.

In den frühen Morgenstunden beginnt die Besetzung des ehemaligen Café Nelson`s. Seit Jahren, eigentlich Jahrzehnten, kämpfen wir Architekturstudierende schon um mehr Zeichensäle. Ein Gut, welches hier bei uns an der TU leider nur sehr rar gesät ist. „Die Situation an der TU ist untragbar. Man pendelt regelmäßig alle paar Stunden von Raum zu Raum, weil die kaum vorhandenen Zeichensaalplätze belegt sind“. Philipp, ein Kommilitone, den ich während der Besetzung kennen- und schätzen lernen werde, kann die akute Raumnot nicht mehr hinnehmen: „Ständig werden wir

mit ungenutzten oder leerstehenden Räumen wie dem Nelson`s konfrontiert, das seit geraumer Zeit nur als Kistenlager verwendet wird. Das ist unheimlich frustrierend“. Auf offiziellem Wege wurde schon oft versucht, an Räumlichkeiten zu kommen, auch wir Studierende reden schon lange über Lösungsansätze, doch noch nie waren wir uns so einig wie zu diesem Zeitpunkt: Wir müssen uns der Raumproblematik selbst annehmen.

SAMSTAG, 27. OKTOBER. Die Flügeltür des ehemaligen Café Nelson`s steht offen, eine Handvoll Studierende spazieren ein und aus. Die Verlockung, nach zwei Jahren Leerstand nun wieder das Gebäude zu betreten, ist groß. Das erste Obergeschoß durfte damals ohne Konsumzwang als Zeichensaal genutzt werden, mit seiner Schließung entfiel der Saal – damals war ich am Anfang meines Architekturstudiums. Jetzt, zwei Jahre später, stehe ich vor verstaubten Tischen und Stühlen. In den nächsten Tagen werde ich sie belebter als nie zuvor wahrnehmen.

Nach einem Telefonat mit Dominik sitze ich in der U-Bahn und habe eine Luftmatratze, Decken und Handtücher im Gepäck, einen Jutebeutel mit Hygieneartikeln und etwas Verpflegung für die Nacht. Als ich die Räumlichkeiten betrete, sitzen mir bloß drei Gesichter gegenüber. Ich kenne nicht einmal alle ihre Namen, aber das macht nichts. Wir verfolgen gemeinsam ein größeres Ziel. Wir wollen sichtbar sein und die untragbare Raumsituation in die Mitte des Hochschuldiskurses rücken. Wenn acht Architekturstudierende sich einen Quadratmeter Arbeitsraum teilen

müssen, dann ist das Maß nicht nur voll, sondern am Überlaufen.

SONNTAG, 28. OKTOBER. Studierende lassen sich nieder, um ihre Projekte zu besprechen, Modelle zu bauen und Grafiken zu überarbeiten. Auch heute werden wieder einige von ihnen die Nacht gemeinsam hier verbringen. Dabei werden ihre Nerven und Geduld auf eine harte Probe gestellt. Aus der Ferne erreicht mich gegen Mitternacht, als ich gerade schlafen gehen will, der erste Anruf von meiner Kommilitonin Theresa. Vor einigen Jahren habe ich sie bei einer Entwurfsarbeit in einem der Zeichensäle kennengelernt. Ich habe sie immer als einen sehr gelassenen Menschen wahrgenommen, umso kontrastierender nehme ich jetzt ihre spürbar angespannte Stimme wahr, mit der sie mir von den aktuellen Geschehnissen berichtet. „Der Moment, wo das erste Mal der Security gekommen ist und eben gemeint hat, wir können hier nicht sein und wir müssen gehen, [...] waren wir alle so, ok ja f*ck, was sollen wir jetzt machen, sollen wir gehen?“ Das Auftreten des Sicherheitspersonals hatte erstmals den Gedanken ausgelöst, man mache etwas Verbotenes. Aber „durch diese erste Drohung, dass wir nicht da sein dürfen, wurde das Untereinander so richtig zusammengeschweißt. Sobald wir uns dazu entschieden hatten zu bleiben, war das eine Wendung, wo wir dann alle unseren Unmut, den wir vorher gehabt haben, ins Positive umgeschlagen haben“ fährt Theresa fort. Dies war einer von insgesamt fünf Anrufen, die ich diese Nacht aus dem Nelson`s erhalten sollte. Nach Verneinung gegenüber den Securi-

ties – man wolle nicht gehen, weil man hier lediglich arbeite – wurden dann die Ausweise der Besetzer_innen verlangt. „Das war dann auch wieder ein ‚Downer‘, wo wir dann alle sehr unruhig waren, was jetzt passiert“.

Bis vier Uhr morgens bekommen die Besetzer_innen Zeit, die Räumlichkeiten zu verlassen. An diesem Punkt droht die Stimmung zu kippen. Ist es überhaupt noch sinnvoll dazubleiben? Doch an der Entscheidung wird festgehalten: „Wir bleiben!“ Neben einer Petition für mehr Zeichensäle werden Banner und Poster erstellt, eine E-Mail-Adresse und eine Facebook-Seite eingerichtet. So vergehen die Stunden bis zum Morgengrauen wie im Flug.

Schichtwechsel bei den Securities. „Sie sind dann gleich gekommen und waren relativ verständnisvoll und fragten, was wir denn wollen und was unsere Forderungen sind“, erzählt Theresa weiter. „Wenn wir etwas brauchen, dann können wir uns bei ihnen melden. Das war dann dieser Moment, wo die Stimmung in Euphorie umgeschlagen ist, weil dann hat das, was wir in fünf Stunden gemacht haben, schon etwas gebracht“.

MONTAG, 29. OKTOBER. Das Wichtigste ist geschafft. Jetzt, wo der reguläre Unibetrieb wieder losgeht, sind die jüngsten Ereignisse, welche sich über das Wochenende im Hof 2 abgespielt haben, kaum zu übersehen. Über den ganzen Tag hinweg bleibt der liebevoll getaufte „Zeichensaal Nelson`s“ randvoll. Neben etlichen Architekturstudierenden gesellen sich auch Studierende anderer Studienrichtungen hinzu. Da ist er, der interdis-



ziplinäre Austausch. Eigentlich war während der „Besetzung vom Nelson's tagsüber normaler Zeichensaalbetrieb“. Es wurde eingekauft und gekocht. „Einmal gab es einen sehr guten Eintopf, aber auch mal ein Curry und Nudeln gegen eine freie Spende“, erinnert sich Miriam, „das war eigentlich ganz nett, dieses Gemeinschaftliche“. Die räumlichen Gegebenheiten des Nelson's, das Rücken an Rücken Sitzen und Hand in Hand Arbeiten stärken den Zusammenhalt und die wohlthuende Beziehung untereinander. Im Nebenraum der Geruch von frisch gekochtem Chili.

DIENSTAG, 30. OKTOBER.

Wie jeden Abend werden auch am Dienstag die Arbeitsplätze zu einem Sesselkreis umgebaut. Rund 40 Leute sind da, stehen teilweise bis in den Eingangsbereich, um Teil der Gruppe zu sein. Beim Plenum soll die weitere Vorgehensweise besprochen werden. Ich habe einen Platz auf der gepolsterten Holzbank ergattert und sitze Schulter an Schulter mit meinen Mitstudierenden. Es fühlt sich richtig an, hierfür einzustehen: „Zeichensäle sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit“, proklamiert Fedora, die sich für die Rechte und Interessen der Studierenden einsetzt. Weil eben nicht erwartet werden kann,

dass jede_r Studierende „zu Hause im Schlafzimmer den Platz dazu hat, um an großformatigen Modellen oder in Gruppen zu arbeiten. Der Erfolg an der Uni darf nicht von der eigenen sozialen und finanziellen Situation abhängen“, betonen Philipp und Valerie mehrmals über die Tage hinweg.

Um zwei Uhr nachts ist das Plenum vorbei. Meine Energie ist durch das Diskutieren in der Gruppe und durch das Formulieren von E-Mails aufgebraucht. Im Obergeschoss teile ich mir die Luftmatratze mit Philip. Er sieht geschafft aus von den letzten Tagen.

MITTWOCH, 31. OKTOBER.

Am Morgen bereue ich die Entscheidung, mir keine zweite Decke mitgenommen zu haben. Kühle Luft zieht durch den Raum, die Mauern sind kalt. Ungefähr acht Personen sind die Nacht über geblieben. Um Sieben in der Früh sind alle auf den Beinen. Was wir bis zu diesem Zeitpunkt schon alles erreicht haben, ist uns noch gar nicht bewusst. Stattdessen macht sich ein allgemeines Unwohlsein breit: Die Kommunikation, welche wir in den letzten Tagen mit dem Rektorat aufgebaut haben, scheint zu kippen. Das Ultimatum, welches uns gestellt wurde, macht uns allen sehr zu schaffen. Wir sollen die Räumlichkeiten heute

bis zwölf Uhr verlassen, ansonsten gäbe es am kommenden Montag keine neuen Räume. Mehr Räume. Genau das wollen wir. Aber das Nelson's aufgeben und dem Rektorat blind vertrauen?

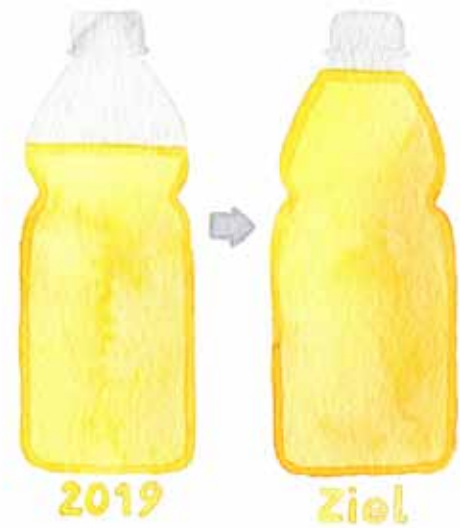
Es ist kurz vor Zwölf. Ein letztes Mal noch treffen sich Sophie, Theresa und Philipp mit dem Vizerektor. Dann die Entscheidung: Wir gehen. Wir haben mediales Interesse erreicht und den Zuspruch auf Räume bekommen. Dennoch fühlt es sich nicht richtig an, sich zurückzuziehen. Zu dritt stehen wir noch ein Weilchen in der Türschwelle und schauen hinaus, bis uns das Sicherheitspersonal schließlich mit einer freundlichen Handbewegung zum Gehen auffordert.

Wer in diesen fünf Tagen der Besetzung einmal einen Fuß in das Nelson's gesetzt hat, dem_der ist sicherlich aufgefallen, welch unglaublich schöner Ort der Zusammenkunft hier am Entstehen war. Neben den ganzen organisatorischen Fragen sind die sozialen Aspekte mindestens genauso detailliert behandelt worden und vor allem auch spürbar gewesen. Was ein Zeichensaal alles kann, sollte spätestens jetzt klar sein. Es ist ein bewegter Raum, der alles zulässt: verweilen, binden, aufstehen, genießen, vernet-

zen, erschaffen, aufbauen, begegnen, amüsieren, generieren, aufblühen, ... Es ist ein Lebensraum für uns Architekturstudierende. Hier verbringen wir den Großteil unseres Studiums. Und wenn es sein muss auch in düsteren Hallen, trostlosen Kellern und versifften Hinterkammern.

Ersatzräumlichkeiten wurden uns bis Dezember zur Verfügung gestellt. Das Ende unseres Engagements bedeutet das allerdings nicht. Wir arbeiten auf jeden Fall weiter daran, die Platzsituation für uns Studierende zu verbessern. Wir lassen uns nicht aus unseren Unis verdrängen. Wir machen uns stark und gehen in die zweite Phase: die Mobilisierung *aller Studierenden*. Was wären die Universitäten ohne uns Studierende? Jetzt ist „das Ministerium gefragt, die gesetzliche Basis zu schaffen“ fordert Philip ein. Wir haben uns untereinander noch nie so verbunden gefühlt wie zum jetzigen Zeitpunkt. Wir sind das Zeichensaal-Kollektiv „Zeichensäle Nelson's“.

Gilles Schneider studiert Architektur an der TU Wien und ist gewählter Studienvertreter.



Illustrationen: Kathrin Conrad

Neues aus der Müllpresse

In Österreichs Müllmanagement rumort es. Wie schafft es Österreich, 75 Kilotonnen an Plastikmüll einzusparen?

Die kommende „stille Zeit“ wird auch dieses Jahr wieder eine Zeit der sich türmenden Müllberge werden. Große Mengen an Weihnachtsdekoration werden nach eineinhalbmonatiger Einsatzzeit entsorgt, alte Elektrogeräte werden vom Christkind durch die neue Generation ersetzt und auch der Abfall aus Konsumgütern vermehrt sich bis zum Jahresende um 15 %. Die beachtlichen Mengen an Rohstoffen, die wir täglich hinter uns lassen, sind schon mehrere Jahrzehnte Teil des westlichen Lebensstils. Fakt ist jedoch, dass immer mehr Gründe die Menschheit zu mehr Anstrengungen in dem Gebiet zwingen. Das Abfallmanagement ist spätestens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein ewiges Rennen zwischen steigendem Konsum und effizienterer Verwertung des entstehenden Mülls.

DIE REIZE DER RESSOURCEN-SPARSAMKEIT.

Auch wenn die aktuelle politische Großwetterlage eine Hochphase für Umweltthemen erkennen lässt, ist es – und das nicht zu Unrecht – hauptsächlich die Klimakrise, die in der politischen Arena den prominentesten Platz einnimmt. In der Wissenschaft wird jedoch die menschengemachte Erderhitzung „nur“ als eine von vier natürlichen Grenzüberschreitungen, die der Mensch aktuell an lebenswichtigen Erdsystemen vollzieht, genannt. Insgesamt wurden neun Grenzen des Planeten definiert, deren Überschreitung zu einer irreversiblen Änderung der Lebensverhältnisse auf der Erde führen kann. Die acht weiteren Grenzen des Planeten werden häufig nur als Nischenthemen behandelt. Ein intelligenter Umgang mit Abfall und den Rohstoffen, die einmal Abfall werden, hat den besonderen Nutzen, dass er sich positiv auf fast alle gefährdeten Erdsysteme auswirkt; sei es das Klima, das durch maßvollere Produktionsmengen geschont wird, oder die Trinkwasserversorgung, die weltweit unter verschmutzten Gewässern leidet. Neben dem offensichtlichen Nutzen für die Menschheit gibt es noch viel banalere Anreize für Staaten, sich für einen sparsameren Umgang mit Rohstoffen zu engagieren. Denkt man etwa an die geopolitische Relevanz von seltenen Erden

und anderen sogenannten „kritischen Rohstoffen“, ist klar, dass sich künftig kein_e große_r Akteur_in auf der Weltbühne erlauben können wird, unbeachtet Ressourcen zu verschwenden.

KREISLAUFWIRTSCHAFT. Als Lösungsmodell wird oft das Schlagwort „Kreislaufwirtschaft“ genannt. Die Idee dahinter ist, dass Ressourcen, die einmal in den Wirtschaftskreislauf einfließen dort möglichst lange nutzbar bleiben sollen. Das Gegenteil, die Linearwirtschaft, ist seit der industriellen Revolution das Standardmodell. Heute ist Expert_innen klar, dass nur eine Kreislaufwirtschaft langfristig erhaltbar ist. Auch die Europäische Union hat das erkannt und in den letzten 30 Jahren gesetzliche Rahmenbedingungen für nachhaltigere Rohstoffverwendung geschaffen.

Zwei EU-Richtlinien haben zu besonderen Verbesserungen im Abfallmanagement geführt. Eine Verpackungsrichtlinie von 1994, die die Ziele für Sammlung und Recycling von Plastikverpackungen vorgibt. Und die Deponieverordnung von 2008, die ein Verbot von chemisch unbehandeltem Abfall auf Mülldeponien eingeführt und den Umgang mit Sondermüll vereinheitlicht hat. Die Zahlen zeigen, dass diese beiden Gesetze vor allem in Österreich viel Positives erreicht haben. Zentral war dabei das Prinzip, dass der Hersteller eines Produkts verantwortlich für das Recycling des entstandenen Abfalls ist. Hier lässt sich ein beachtlicher Erfolg feststellen. Im Jahr 1989 wurden in Österreich laut Umweltbundesamt noch 60 % des Abfalls einfach unbehandelt auf Mülldeponien gekippt. Heute gibt es das kaum mehr. Im Gegenteil: 90 % unseres Abfalls werden in irgendeiner Form verwertet. Doch die Erfolge der Vergangenheit dürfen die kommenden Herausforderungen nicht verdecken. Die aktuellen EU-Ziele werden Österreich noch einiges abverlangen. Bis 2019 muss Österreich es schaffen, 90 % der PET-Flaschen zu sammeln. Zurzeit liegt der Wert bei circa 75 %. Vor allem 0,5-Liter Flaschen landen noch viel zu oft im Restmüll.

PLASTIKFLASCHEN-PFAND ALS LÖSUNG?

Die heißeste Debatte wird zurzeit über die Schaffung eines Pfandsystems für Plastikflaschen geführt. Doch Pfand ist nicht gleich Pfand. Zu unterscheiden ist zwischen Pfand auf Einwegflaschen – sozusagen ein finanzieller Anreiz zum Mülltrennen – und ein Pfand auf Mehrwegflaschen, wie man es in Österreich von der Bierflasche kennt. In Deutschland gibt es beide Varianten. Allerdings werden auch dort nur etwa 30 % der Plastikflaschen tatsächlich wieder zu einer Flasche, der Großteil wird zu Folien oder in der Textilindustrie verarbeitet. Alles in allem zeigt die Statistik aber, dass der finanzielle Anreiz die Deutschen durchaus zum Mülltrennen ermuntert. Ob allerdings auch für Österreich ein Pfandsystem der beste Weg ist, ist derzeit umstritten. Die Altstoff Recycling Austria (ARA) vertritt den Standpunkt, dass ein Pfandsystem aufgrund zu hoher Kosten keine praktikable Lösung sei. Nur 5 von den 75 Kilotonnen an Plastikverpackungen, die bis 2025 recycelt werden müssen, seien PET-Flaschen. Das würde bedeuten, dass ein sehr hoher Aufwand beim Umbau der Müllsammelstellen und der Eintauschstellen betrieben werden müsste, um einen verhältnismäßig kleinen Beitrag zum gesamten Problem zu leisten. Greenpeace nennt andere Zahlen und spricht von bis zu 45 Kilotonnen, die durch das Einführen von Mehrwegflaschen erreicht werden könnten. Es ist klar, dass mit Mehrwegflaschen tatsächlich die Umwelt geschont wird. Wissenschaftler_innen zeigen jedoch, dass PET-Flaschen nur etwa acht Mal wiederverwendet werden können, bevor die Qualität nicht mehr ausreicht. Das Umweltministerium hat angekündigt, die Frage Pfandsystem Ja oder Nein bis Ende 2019 zu bearbeiten. Sollte man sich gegen das teure Pfandsystem entscheiden, bleibt abzuwarten, wie das hohe Sammelziel erreicht werden soll.

David Niel studiert Environmental Technology and International Affairs an der Diplomatischen Akademie und an der TU Wien.

FEUILLETON





Mit Kunst in den Lebensraum

Die Künstler_innengruppe Testbild.001 rund um die Kunstgeschichte-Studentin Rahel Pribbernow verwandelt das Stadtteilbüro des 16. Bezirks in eine Kunstgalerie, wo man Kunst mitten am Tisch erleben kann.

WIE BEEINFLUSST MICH DIE UMGEBENDE ARCHITEKTUR?

Wie gestalte ich den Raum, in dem ich Kunst ausstellen will? Wie ist die Beziehung zwischen dem Objekt und Subjekt, dem Betrachteten und den Betrachtenden? Diese Fragen beschäftigten den österreichischen Architekten, Designer und Bühnenbildner Friedrich Kiesler. Seine Überlegungen spiegeln sich 1947 in der Ausstellungsgestaltung der New Yorker Hugo Gallery wider, wo er mittels korpuslenter Farbflächen die Kunstwerke im Raum organisierte. Diese neuartige Kunstdarstellung inspirierte 80 Jahre später Rahel Pribbernow, die sich auf der anderen Seite des Ozeans während ihres Architekturstudiums in München mit seinem Schaffen auseinandersetzte.

Nach ihrer Ankunft in Wien, um hier Kunstgeschichte zu studieren, absolvierte Pribbernow ein Praktikum in einer Galerie für moderne Kunst, wo sie auf einen cleanen Raum stieß. Weiße Wände, Betonboden, allumfassende Schlichtheit. So sieht die Ausstellungsrealität der modernen Kunst im heutigen Österreich und Deutschland aus. „Als wir eine von unseren Vernissagen in dieser Galerie veranstalteten, erhielten alle Gäste Kleinigkeiten zum Naschen. Man konnte sich aber nirgends hinsetzen, nirgends ein Getränk abstellen. Schon damals dachte ich mir, warum das so eine Kunstblase ist?“, erklärt Pribbernow.

Dieses White-Cube-Format, nach dem der Großteil heutiger Galerien für moderne Kunst ihre Räumlichkeiten-

gestaltet, konfrontiert Besucher_innen mit der Kunst unvermittelt. Das Potenzial eines Raumes, unsere Kunstwahrnehmung zu steuern, bleibt für die meisten allerdings unbemerkt. Schließlich geht man nicht in eine Ausstellung, um Wände anzustarren. Der Raum kann nämlich die Kunstwahrnehmung entweder unterstützen oder erschweren. Steckt somit ein gewisser Verhaltenscodex in jedem Raum?

AUF DIESE FRAGE VERSUCHTE RAHEL PRIBBERNOW EINE ANTWORT ZU FINDEN, indem sie Wien ihre eigene Alternative anbot. Bei der Suche schlossen sich ihr Künstler_innen aus unterschiedlichen Disziplinen an. Einen Monat Zeit gaben sie sich, einen Raum so zu gestalten, sodass

das Kunsterlebnis kontaktfreudiger wurde. Einen Monat lang teilten sie sich die Räumlichkeiten des Stadtteilbüros des 16. Wiener Gemeindebezirks, wo sie versuchten, divergente Medien in einem Raum zu vereinen. Alle konnten hingucken, alle konnten vorbeispazieren, da hier der Prozess und nicht das Endergebnis im Mittelpunkt stand.

„Uns war es enorm wichtig, dass die Menschen aus der Gegend uns jederzeit besuchen durften und sich das Entwicklungsniveau des ganzen Projekts ansehen konnten. Daher auch Papier als Hauptmedium der Ausstellungsarchitektur, weil es jegliche Arbeitsspuren wie beispielsweise Kleckse speichern kann“, meint Pribbernow. Um Menschen in das Leben der Ga-

lerie noch unmittelbarer zu involvieren, wurde ein Lese- und Filmabend organisiert.

Obwohl der künstlerische Prozess die Hauptrolle in diesem Projekt übernahm, fand dessen Schlusspunkt seinen Ausdruck in der am 12. Oktober stattgefundenen Finissage. Durch Kieslers Ideen angeregt konzipierte Rahel Pribbernow einen Raum, in dem sie die auszustellenden Werke den Betrachtenden nicht gegenüberstellt, sondern sie mit ihnen mitschweben lässt. Gemeinsam mit ihrer Freundin und Projektpartnerin Lorna Manjana Langner negieren sie den Ursprung des Raums als Büro nicht und verwenden zahlreiche vorhandene Schreibtische als eine Esstafel, deren Fläche sie mittels riesiger Papierrollen mit den Wänden verbinden. Die moderne Kunst springt den Besucher_innen nicht mehr von kahlen Wänden her in

den Blick. Von nun an ist sie auf, neben, unter, über, mit den Besucher_innen und lädt zur Diskussion ein.

DIE MIT PAPIER BEDECKTE FLÄCHE WIRD ZUM SCHAUPLATZ des vier Wochen andauernden schöpferischen Diskurses der Gruppe mit den für sie brennendsten Fragen. Pia Dali schmückt eine der Wände mit einem Postermuster, in dem sie sich mit der menschlichen Nacktheit konfrontiert. Aus den üppigen Wucherungen des Tisches schaut auf die Gäste souverän eine männliche Figur, die Pilar Boroer zweifach auf ihren Ölgemälden bearbeitet. Zoe Köbrunner begibt sich auf eine Reihe Spaziergänge durch den 16. Bezirk, wo ihr dessen zahlreiche Leerstände auffallen. Mithilfe der Photographien und der an ihnen durchgeführten digitalen Intervention entwickelt Zoe 3D-Modelle, die sie als eine Alternative für den Stadtteil bietet.

AUCH DAS THEMA „KONSUM“ FINDET SEINEN NIEDERSCHLAG in der Installation aus Linolschnitten von Moritz Plattner, der in seiner Arbeit unter dem Titel „Mut zur Blamage“ versucht, aufgrund seiner persönlichen Vorliebe für McDonald’s dessen Wirkmechanismus zu verstehen. Interdisziplinär arbeitet ebenfalls Ahna Prinz, die ihre Überlegungen zur permanenten Korrespondenz zwischen der Politik und dem Dancehall auf einem Ölgemälde ausdrückt, das sie mit einer Videoprojektion von ihrer Reise nach Jamaica kombiniert.

Die Orientierung innerhalb der Ausstellung ermöglicht den Gästen eine den ganzen Boden durchziehende Papierbahn, die sich draußen bis zu der von Jascha Wolfram mit goldener Farbe bespielten Telefonzelle im Freien erstreckt und als ein Eyecatcher auf potenzielle Besucher_innen wirken

soll. „Selbst wenn wir nur eine Person erreicht haben, die vielleicht hier in dem Viertel wohnt und sonst nicht so einen Zugang zu moderner Kunst hat und dadurch ein bisschen neugierig darauf wurde, würde ich mich sehr freuen“. Nicht nur eine Person, sondern eine ganze Menschenmenge zog durch den Kunstraum in der Haberlgasse 76 bis in die späten Samstagabendstunden, um sich die Ergebnisse der künstlerischen Auseinandersetzung der Gruppe anzusehen, die sich schließlich Testbild.001 getauft hat. In dem trackartigen Namen steckt die Hoffnung auf ein gemeinsames künstlerisches Wiedersehen – hoffentlich wird der Track Nr. 002 bald abgespielt werden!

Michal Sobanski studiert Musikwissenschaften und Kunstgeschichte in Wien.

UNIHANDBALL – Frauen mischen die Wiener Liga auf

Das studentisch organisierte Frauenteam bietet eine Alternative zu etablierten Vereinen und steht in Wien aktuell auf dem vierten Tabellenplatz.

Wer es versucht hat, weiß: In der Wiener Handball-Vereinslandschaft ein Frauenteam zu finden, das zu einer passt, ist schwierig. Anfängerinnen sind nicht gern gesehen, die meisten Vereine speisen ihre Teams für den Hobbysport problemlos aus dem eigenen Jugendbereich und Spielerinnen von auswärts gelten eher als Störfaktor.

Das UNIHANDBALL Frauenteam möchte dazu einen Gegenpol bilden und nimmt jederzeit sowohl erfahrene Spielerinnen als auch Neueinsteigerinnen auf. Nach einigen Startschwierigkeiten wie geringer Spielerinnenzahl, Mangel an Trainingshallen und bürokratischen Hürden startete das Team im September in seine zweite Saison. In Kooperation mit den Handball Wölfen Wien und mit finanzieller Unterstützung der Hochschüler_innenschaft werden derzeit drei Trainingstermine pro Woche angeboten. Der Schwerpunkt liegt auf individuellem Training für alle Teilnehmerinnen, sodass unabhängig vom Ausgangsniveau die Weiterentwicklung gefördert wird. In der laufenden Saison nimmt UNIHAND-

BALL an der Wiener Landesmeisterinnenschaft teil, wo aktuell der vierte Platz in der Tabelle belegt wird.

Dafür werden noch Spielerinnen mit und ohne Handball-Erfahrung gesucht. Auch Personen, die nicht so oft Zeit haben und nicht in der Meisterinnenschaft mitspielen wollen, sind bei UNIHANDBALL herzlich willkommen.

VERANSTALTUNGSTIPP

Auch für diejenigen, die lieber auf der Zuschauer_innenseite bleiben wollen oder sich unter Handball noch nicht wirklich etwas vorstellen können, gibt es einen Veranstaltungstipp: Am Sonntag, dem 26.01.2020, spielt das Team ab 16:30 Uhr in der Sporthalle Lieblgasse (Lieblgasse 4, 1220 Wien) sein nächstes Spiel in der Wiener Liga.

Agnes Forstinger studiert Bauingenieurwesen an der TU Wien.

Info

Du wolltest Handball schon immer Mal ausprobieren, hast Spaß am Spiel oder in Wien noch kein Handballteam gefunden, in dem du weiter an deinen Fähigkeiten feilen kannst? Das trifft sich ausgezeichnet, denn UNIHANDBALL sucht Verstärkung! Wenn du bei uns mitmachen willst, trag dich unter fsbi.at/handball in unsere Liste ein. Wir nehmen dann Kontakt zu dir auf und klären alles Weitere. Falls du noch Fragen hast, schreib uns ein E-Mail an handball@htu.at und wir melden uns bei dir. Auch wenn du dir vorstellen kannst, uns organisatorisch zu unterstützen oder als Trainer_in einsteigen willst, freuen wir uns sehr über dein Mail.

Flügelschläge gegen Kinderarbeit

Im 21. Jahrhundert und in der Klimakrise angekommen, wird Kinderarbeit vielerorts noch immer als notwendiges Übel akzeptiert und von der Wirtschaft toleriert. Die Butterfly Rebels kämpfen dagegen an.

Am 20. November 1989 wurde das Übereinkommen über die Rechte des Kindes durch die UN-Generalversammlung angenommen. 30 Jahre, unzählige Aufrufe von Aktivist_innen, Filmspots, in denen uns das Leid der Kinder vor Augen geführt wurde und 196 Ratifizierungen später drängt sich die Frage auf, ob das ewige Thema der Ausbeutung Minderjähriger von der breiten Masse als alter Hut wahrgenommen wird.

HARD FACTS. Am 2. September 1990 traten die Rechte des Kindes dreißig Tage nach der Ratifizierung durch den zwanzigsten Mitgliedsstaat in Kraft. Der auf vier Prinzipien beruhende Schutz inkludiert unter anderem einen Schutz vor sexueller und wirtschaftlicher Ausbeutung, ein Recht auf Gesundheit und ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Laut der internationalen Arbeitsorganisation, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, gehen weltweit 152 Millionen Kinder einer Arbeit nach, die Erwerbszwecken dient. Das ist statistisch gesehen fast jedes zehnte Kind unserer Welt. 73 Millionen aller arbeitenden Kinder gehen einer gefährlichen Tätigkeit nach, einem Drittel aller Kinder in Arbeitsverhältnissen bleibt der Schulbesuch verwehrt und fast zwei Drittel müssen mehr als 42 Stunden pro Woche arbeiten. Die schlimmste Form der Kinderarbeit stellt die ausbeuterische Kinderarbeit da, hierunter fallen alle Formen der Zwangsarbeit sowie Schuldknechtschaften oder Sklaverei, Kinderprostitution und Pornographie, illegale Tätigkeiten wie z.B. Drogenschmuggel, Kindersoldat_innen und Tätigkeiten, die die Gesundheit oder die Sicherheit gefährden.

Bis 2025 soll das UNICEF-Ziel, Kinderarbeit vollständig abzuschaffen,



Grafik: Butterfly Rebels

BUTTERFLY REBELS

erreicht werden. Leider sieht die Zukunftsprognose laut UNICEF dahingehend schlecht aus. Zwar müssen im Vergleich zum Jahr 2000, in dem noch 246 Millionen Kinderarbeiter_innen eingesetzt waren, „nur“ noch 152 Millionen schuften, jedoch stagniert der Rückgang momentan stark. Während in den Regionen Asien und Pazifik ein besonders starker Rückgang zu verzeichnen ist, nimmt die Kinderarbeit in anderen Regionen wieder zu. Wenn die Situation so bleibt, gehen bis zum angestrebten Zeitpunkt 2025 noch immer 121 Millionen Kinder einer Erwerbstätigkeit nach.

„SOLANGE MAN DER AUSBEUTUNG NICHT DEN MARKT VER-SCHLIESST, WIRD ES AUSBEUTUNG GEBEN“, ist sich der kreative Leiter der Butterfly Rebels, A. W. Grill,

sicher. Der von der Drehbuchautorin Berith Schistek gegründete Verein will mit Mitteln und Methoden der Kunst Bewusstsein für das Thema Kinderarbeit und dessen weitreichende Folgen schaffen.

2019 wurden mehrere Social Spots gedreht, Werbefilme, die auf die schrecklichen Arbeitsbedingungen der Kinder hinweisen und unsere Rolle als Endkonsument_innen hervorheben, um somit dem abstrakten Thema ein konkretes Gesicht zu verleihen. Auch Prominente wie Julian LePlay und Dirk Stermann sprechen sich gegen Kinderarbeit aus und haben sich für einzelne kreative Projekte den Butterfly Rebels zur Verfügung gestellt. Stermann macht in einem Spot mit der eindringlichen Frage „Und wie viele Kinder arbeiten für Sie?“ darauf auf-

merksam, dass in jeder unachtsamen alltäglichen Routine, wie beispielsweise dem morgendlichen Kaffeetrinken, Kinderarbeit durch Konsum unterstützt wird.

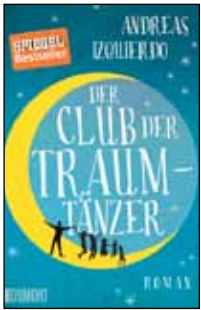
EIN GROSSER ERFOLG KONNTE 2019 AUF POLITISCHER EBENE VERBUCHT WERDEN. In Kooperation mit der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar wurde die Initiative „Kinderarbeit stoppen“ ins Leben gerufen, um gemeinsam die Politik aufzufordern, eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht gesetzlich zu verankern und dadurch die Unternehmen zur Kontrolle der Herstellungsbedingungen zu zwingen. Der Druck auf politischer Ebene war erfolgreich und sowohl SPÖ als auch die Grünen haben die Forderung seitdem in ihr Parteiprogramm aufgenommen.

Doch solange das Wirtschaftswachstum die Regeln macht, werden die Butterfly Rebels nicht zur Ruhe kommen. In naher Zukunft sind einige Projekte wie ein Musical und ein Film geplant, auch ein Comic ist bereits in Arbeit. Die Butterfly Rebels wollen auf politischer Ebene den Druck aufrechterhalten und erhöhen. Die „klaffende Gesetzeslücke“, die es ermöglicht, immer noch „Produkte zu verkaufen, in denen Kinderarbeit steckt“, müsse „endlich betoniert“ werden, halten die Vereinsmitglieder in ihrem Mission Statement fest.

Das Thema Kinderarbeit ist leider noch lange kein alter Hut, den man beiseitelegen kann, sondern aktueller denn je.

Julia Bauer ist Kindergartenpädagogin und studiert Jus an der Universität Wien.

EIN MISTKERL ENTDECKT SEIN HERZ



Gabor Schöning, Protagonist des Romans „Der Club der Traumtänzer“ von Andreas Izquierdo, ist erfolgreich, gutaussehend und ein fabelhafter Tänzer. Er ist kurz davor, zum Partner in seiner Firma aufzusteigen, doch ein Unfall nimmt ungeahnte Folgen ...

Mit „Badabing! Badabum!“ tanzt Gabor fröhlich und nackt durch sein Penthouse, um sich mit Schwung in den Tag zu begeben. Kein Wunder, denn in seinem Leben verläuft alles nach Plan.

Platz für eine feste Beziehung oder gar Familie gibt es nicht. Er trägt ganz allein die Verantwortung für sich selbst und hat dabei stets alles unter Kontrolle. Durch Egoismus und Ellenbogentaktik hat Gabor al-

les erreicht, was er sich jemals erwünscht hat. Doch als er mit einem Date im Auto sitzt, bei dem es sich ausgerechnet um die Frau seines Chefs handelt, ist er so abgelenkt, dass er aus Versehen eine Fahrradfahrerin anfährt. Dabei handelt es sich um Kathrin, die Direktorin einer Sonderschule, und diese im ersten Augenblick harmlos wirkende Dame bringt Gabor dazu, als Wiedergutmachung die Leitung einer Tanzgruppe von fünf Sonderschülern zu übernehmen. Natürlich ist Gabor davon alles andere als begeistert, und auch die fünf Schüler haben alle mit ihren eigenen Problemen im Alltag zu kämpfen und augenscheinlich wenig Lust, die Kunst des Tangos zu erlernen.

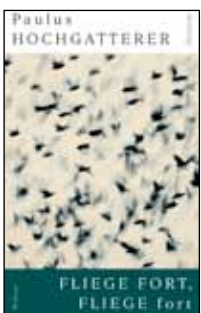
Das Leben des berechnenden Unternehmensberaters wird mit einem Mal komplett auf den Kopf gestellt. Das erste Mal in seinem Leben muss Gabor die Probleme von anderen lösen und nicht bloß seine eigenen. Doch die fünf Jugendlichen wachsen ihm nach und nach ans Herz und seine narzisstische

Weltanschauung gerät allmählich ins Wanken. Als einer der Schüler schwerwiegend erkrankt, wird Gabor erneut auf eine harte Probe gestellt und sein Konkurrent steht schon in den Startlöchern, um ihn bei der bevorstehenden Beförderung zu übergehen. Die Geschichte gleitet langsam nach einem leichtfüßigen und humorvollen Einstieg in einen ernsteren Tonfall, der sensible Themen in den Vordergrund rückt und Tiefgang gewährt. Andreas Izquierdo verpackt in seine liebevolle Erzählung die wahren Werte des Lebens und all das, was im Leben glücklich macht. Eine berührende Geschichte, mit Humor erzählt, die zum Nachdenken anregt, zu Tränen rührt und ein Lächeln ins Gesicht zaubern kann.

Izquierdo, Andreas: Der Club der Traumtänzer. Köln: DuMont Verlag. 2014. (9,99€)

Katharina Bittner studiert Germanistik im Diplomstudium an der Karl-Franzens-Universität Graz.

PROVINZKRIMI MAL ANDERS.



Psychiater Horn und Detektiv Kovacs ermitteln wieder. Im Fokus: Menschen, die in unserer Gesellschaft am wenigsten Möglichkeit haben, sich selbst zu helfen – Geflüchtete und Kinder. Nach „Die Süße des Lebens“ und „Das Matratzenhaus“ ist „Fliege fort, fliege fort“ der dritte Kriminalroman vom Kinderpsychiater Paulus Hochgatterer. Als Schauplatz bedient er sich ein weiteres Mal der fiktiven österreichischen Kleinstadt Furth am See. Viel hat sich verändert, aber vieles ist auch gleich geblieben, wie es in österreichischen Kleinstädten eben so ist. Bekannte und geschätzte Charaktere, wie der musikverrückte Pater mit seiner Affäre, sind wieder mit dabei und werden um neue Gesichter ergänzt.

Als plötzlich innerhalb kürzester Zeit mehrere ältere Menschen mit schwerwiegenden Misshandlungen ins Further Krankenhaus eingeliefert werden, ihre Verletzungen aber als Unfälle vertuscht werden, werden die Ermittler_innen der örtlichen Polizei stutzig. Auch die gesprayten Gemälde an der Hauswand eines bekannten und einflussreichen Politikers der Gegend machen die Sache nicht klarer. Mit dem Verschwinden eines kleinen Mädchens ist schließlich endgültig Feuer am Dach. Wie hängen diese Vorfälle zusammen und haben vielleicht die jugendlichen Bewohner des neu errichteten Flüchtlingszentrums etwas damit zu tun?

Paulus Hochgatterer greift in „Fliege fort, fliege fort“ geschickt die gesellschaftlichen Themen unserer Zeit auf und gibt denen, die im wahren Leben wenig zu Wort kommen, eine Stimme. Er zeichnet die Figuren besonders tiefgehend, legt das Seelenleben der Protagonist_innen dar, ohne damit den

weiteren Verlauf der Handlung zu verraten. Die vier Perspektiven und die vielen verschiedenen Personen lassen am Anfang vielleicht Verwirrung aufkommen, aber nachdem man sich an den Stil gewöhnt hat, lässt dieses „Jede_rkennt-jede_n“-Gefühl das echte Kleinstadt-Flair erst so richtig aufkommen. Nach und nach lösen sich einige Verwirrungen, andere weniger. Es wird klar, dass irgendwie alles miteinander verbunden ist, die Handlungsfäden wie ein Spinnennetz verwoben sind, aber klare Antworten gibt es, wie im echten Leben, nicht. Das neue Hochgatterer-Buch ist sicher keine leichte Kost, doch an Raffinesse kaum zu überbieten und eine klare Empfehlung für Literaturliebhaber_innen.

Hochgatterer, Paulus: Fliege fort, fliege fort. Wien: Deuticke Verlag. 2019. (23,70€)

Anna Amerstorfer studiert Germanistik an der Universität Wien.

WE'RE GOING TO IBIZA



Eine Schockwelle ging letztes Jahr durch Österreich, als deutsche Medien über ein privates Treffen zwischen FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und einer vermeintlichen schwerreichen Oligarchennichte auf Ibiza berichteten. Was folgte, war nicht weniger als die Auflösung der damaligen österreichischen Regierung mit anschließenden Neuwahlen, einer medialen Schlammschlacht und schlussendlich dem Ende der politischen Karriere Straches (oder doch nicht?). In ihrem neusten Buch „Die Ibiza-Affäre: Innenansichten eines Skandals“ schildern Frederik Obermaier und Bastian Obermayer knapp ein halbes Jahr nach der Ibiza-Enthüllung ihre Sicht der Dinge. Die beiden Investigativjournalisten der Süddeutschen Zeitung waren maßgeblich an der Ver-

öffentlichung der Ibiza-Affäre beteiligt. Die Geschichte wird durch zwei Handlungsstränge erzählt. Zum einen geben sie einen Einblick in ihre journalistische Recherche. Zum anderen erzählen sie den Abend auf Ibiza nach, der weniger einer besoffenen Geschichte, wie Strache es gerne darstellt, als einem intelligenten Spiel zwischen Jägern und Gejagtem gleicht. Strache zweifelt immer wieder, aber die Kronen-Zeitung scheint eine zu große Verlockung zu sein und das Kanzleramt dadurch zum Greifen nah.

Das Buch ist dabei weniger eine persönliche Hetzschrift gegen Strache, sondern verdeutlicht, wie wichtig journalistische Arbeit sein kann. Obermaier und Obermayer zeichnen jeden ihrer Schritte nach, vom ersten Treffen mit ihren Informant_innen bis hin zur intensiven Phase vor der Veröffentlichung. Das Buch macht dabei klar, dass die Publizierung der Ibiza-Videos definitiv kein Schnellschuss war, sondern das Ergebnis monatelanger intensiver journalistischer

Recherche. Oberste Prämisse war dabei der ständige Faktencheck, um bloß keine Fake-News zu erzeugen. Eine klare Leseempfehlung für alle, die sich für journalistische Qualitätsarbeit interessieren.

Alle, die sich von diesem Buch die Antworten erhoffen, die bisher nicht geliefert wurden, werden auch weiter warten müssen. Die Hintermänner_frauen werden nicht genannt und es wird auch kein Videomaterial angesprochen, das bisher noch nicht zu sehen war. Nur eines machen die Autoren deutlich: Jan Böhmermann hatte mit der Erstellung des Videos nichts zu tun.

Bastian Obermayer, Frederik Obermaier: Die Ibiza-Affäre. Innenansichten eines Skandals. Mit einem Vorwort von Armin Wolf. Köln: Kiepenheuer & Witsch. 2019. (16,50€)

Joe Brandes studiert Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien.

Anzahl 12 / EUR 8,50 (AT) • EUR 9,50 (DE) • CHF 16,90 (CH)

2019

TAGEBUCH

ERSTAUSGABE

Zeitschrift für Auseinandersetzung

Wenig mehr als geschenkte Zeit
Lukas Oberndorfer zur anstehenden
Regierungsbildung in Österreich

6

Spanien im Dauerpatt
Carmela Negrete über eine gespaltene
Linke in einem Land, das wählt

23

Steckbrief eines Friedfertigen
Erich Hackl über den Grazer
Anarchisten Hubert Schwarzbeck

34

**AUCH ALS
GESCHENK**



Die kommende Krise

Im elften Jahr nach der Großen Rezession steht Europa
mitten in einem Abschwung

16

Tagebuch Verlag s. U., Postfach 0000, 1020 Wien / Nachdruck verboten
4 18333 006628 12

WWW.TAGEBUCH.AT/ABO • ABO@TAGEBUCH.AT

Jetzt abonnieren!

Mit einem TAGEBUCH-Abo schenken Sie sich oder Ihren Lieben zehn Ausgaben der Zeitschrift für Auseinandersetzung um 75 Euro – inklusive Digital-Zugang und TAGEBUCH-Erstaussgabe.